

Geschäftsbericht 2023



Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Geschäftsbericht 2023



Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Inhalt

Gremien

- 7 Organe der Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Provinzial Pensionskasse Hannover AG

- 8 Lagebericht
- 25 Gewinnverwendungsvorschlag
- 26 Jahresabschluss
- 44 Bestätigungsvermerk
- 48 Bericht des Aufsichtsrats
- 50 Anhang: Bericht zur Offenlegungs-Verordnung

Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder der Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Aufsichtsrat

Jörg Sinner
Mitglied des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover
Vorsitzender

Dr. Ulrich Knemeyer
Vorsitzender des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover
Stellv. Vorsitzender
(seit 1.7.2023)

David Bartusch
Mitglied des Vorstands der Öffentlichen
Lebensversicherung Sachsen-Anhalt und
der Öffentlichen Feuerversicherung
Sachsen-Anhalt
(seit 1.7.2023)

Angelika Müller
Direktorin der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover
Stellv. Vorsitzende
(bis 30.6.2023)

Vorstand

Kerstin Garbe
Vorsitzende
(seit 1.10.2023)

Christian Drögemüller
(seit 1.5.2023)

Rolf-Dieter Marson
Vorsitzender
(bis 30.9.2023)

Aktuar

Bernhard Clemens Patzelt

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Christian Haferkorn

Tanja Reiche
Stellvertreterin

Lagebericht

Bericht des Vorstands

Geschäftsmodell

Die VGH Versicherungen sind ein Zusammenschluss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, der Provinzial Lebensversicherung Hannover, der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und der Provinzial Pensionskasse Hannover AG. Sie bilden eine öffentlich-rechtlich organisierte Versicherungsgruppe und den größten Regionalversicherer Niedersachsens.

Alleiniger Aktionär der Provinzial Pensionskasse Hannover AG ist die Landschaftliche Brandkasse Hannover.

Die Provinzial Pensionskasse Hannover AG bietet Pensionskassenverträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über die Vertriebswege der VGH, die selbstständige Ausschließlichkeitsorganisation und die Sparkassen in Niedersachsen und Bremen an. Die Beratung erfolgt auch direkt über Spezialisten der Direktion.

Den langfristigen Erfolg des Unternehmens misst die Provinzial Pensionskasse Hannover AG an der Sicherstellung einer angemessenen Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, um die Garantieverpflichtungen langfristig erfüllen zu können.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Rahmenbedingungen

Corona-Pandemie

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2023 hat sich die Pandemielage soweit abgeschwächt, dass im Februar/März sowohl die Testpflichten als auch die Maskenpflichten in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen abgeschafft worden sind. Lediglich in den vulnerablen Einrichtungen blieben diese Sicherheitsmaßnahmen bestehen. Das öffentliche Leben kehrte ab dem Frühjahr zur Normalität zurück. Im Herbst stiegen die Krankheitsfälle zwar wieder an, jedoch war aufgrund der hohen Immunitätsrate innerhalb der Bevölkerung die Anzahl der problematischen Krankheitsverläufe gering.

Kriegerische Auseinandersetzungen

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich zu einem Abnutzungskrieg entwickelt. Seit Beginn des Krieges kam es zu massiven Zerstörungen. Beide Seiten haben zehntausende Tote und Verletzte zu beklagen. Durch die Flucht vieler Zivilisten spricht die UN von der größten Flüchtlingskatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg. Seitens der westlichen Staaten wird die Ukraine weiterhin in Form von Ausrüstungs- und Waffenlieferungen sowie humanitären Leistungen und finanziellen Hilfen unterstützt.

Der erhebliche Einfluss der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland auf die Weltwirtschaft blieb in Teilen bestehen. In Deutschland machte sich dies insbesondere in der ersten Jahreshälfte durch deutlich gestiegene Energie- und Kraftstoffpreise bemerkbar. Diese Entwicklung hatte in Folge einen starken Einfluss auf die Preise von Konsumgütern und Lebensmitteln. Die europaweiten Bemühungen, die Unabhän-

gigkeit von russischen Energielieferungen sicherzustellen, führten im zweiten Halbjahr zu sinkenden Energiepreisen. Dies trug zu einer Abschwächung der Inflation bei.

Durch den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 ist der Nahost-Konflikt erneut aufgeflammt. Aufgrund der regionalen Begrenzung des Konflikts kam es zu keinen Verwerfungen auf den Kapitalmärkten. Der Ölpreis zeigte ebenfalls keine nachhaltigen Reaktionen. Nichtsdestotrotz stellen die Konflikte in der Ukraine und Israel geopolitische Risiken dar, die einen spürbaren Einfluss auf das zukünftige Wirtschaftswachstum haben können.

Konjunkturelles Umfeld*

Nachdem im Vorjahr geopolitische Spannungen die Weltwirtschaft zunehmend in Form von Preissteigerungen belasteten, ist nach Einschätzung des ifo Instituts aufgrund der rückläufigen Inflationsentwicklung anzunehmen, dass der Zinshöhepunkt sowohl in den USA als auch im Euroraum bereits überschritten wurde. Eine erste Leitzinssenkung seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) wird im Laufe des Jahres 2024 erwartet. Risiken bestehen jedoch in einer möglichen weiteren Eskalation des Krieges in der Ukraine und der potenziellen Ausweitung des Nahost-Konflikts durch das Eintreten anderer Regionalmächte, wie dem Iran.

Insgesamt konnte im Jahr 2023 eine robuste Expansion der Weltwirtschaft beobachtet werden. In den USA zeigte sich entgegen den Erwartungen eine starke Konjunktur, welche insbesondere durch die steigenden Konsumausgaben getragen wurde. Mit dem „Inflation reduction act“ hat die amerikanische Regierung zudem erhebliche Mittel zur Stimulierung der Wirtschaft eingesetzt. In China konnte trotz der strukturellen Immobilienkrise durch stimulierende Staatseingriffe ein Wirtschaftswachstum verzeichnet werden. Der Rohölpreis hat sich zum Ende des Jahres auf mittlerem Niveau stabilisiert, nachdem ein kräftiger, jedoch nicht anhaltender Anstieg in Folge des Angriffs der Hamas auf Israel verzeichnet wurde. Das ifo Institut rechnet in seiner Wachstumsprognose mit einem Anstieg der weltweiten Wirtschaftsleistung um 2,7 Prozent (Vorjahr: 2,8 Prozent).

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte im Euroraum hat sich aufgrund der im Vergleich zu den USA ungünstigeren Entwicklung der Reallöhne abgeschwächt. Weiterhin belasteten die Nachwirkungen des Energiepreisschocks im Vorjahr die Industriekonjunktur. Aufgrund des demografischen Wandels und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots sind ebenfalls die Arbeitsmärkte im Euroraum angespannt. Die monatliche Inflationsrate sank in 2023 kontinuierlich in Richtung des EZB-Ziels von 2,0 Prozent. Die Inflationsrate wies im Dezember einen Wert von 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Bedingt durch diese Gegebenheiten rechnet das ifo Institut für das Jahr 2023 in der Eurozone mit einem Anstieg des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) in Höhe von 0,5 Prozent (Vorjahr: 3,4 Prozent). Der Anstieg der Verbraucherpreise für das Gesamtjahr wird mit 5,5 Prozent (Vorjahr: 8,4 Prozent) geschätzt.

* ifo Institut, ifo Konjunkturprognose Winter 2023

Die deutsche Wirtschaft stagnierte im Jahr 2023 weitestgehend. Über das gesamte Jahr musste letztendlich ein leichter Rückgang des Brutto-Inlandprodukts verkräftet werden. Obwohl die Inflation im Verlauf des Jahres rückläufig war und ein erhöhter Anstieg der Lohneinkommen verzeichnet werden konnte, blieb eine Erholung des privaten Konsums vorerst aus – mit der Folge einer erhöhten Sparrate. Die restriktive Zinspolitik der Zentralbanken hatte einen dämpfenden Einfluss auf die Konjunktur, wodurch das Volumen der deutschen Exporte weiterhin sank. Als Folge der Energiekrise war ein struktureller Wandel bei industriellen Großabnehmern für Gas und Strom zu beobachten, die trotz gesunkener Energiepreise Teile der energieintensiven Produktion an andere Standorte außerhalb Deutschlands verlagert haben. Eine für die zweite Jahreshälfte erwartete wirtschaftliche Erholung blieb aus.

Im Jahr 2023 wird für die deutsche Wirtschaft ein Sinken des BIPs um 0,3 Prozent erwartet (Vorjahr: + 1,8 Prozent). Die Verbraucherpreise erhöhten sich durchschnittlich um 5,9 Prozent (Vorjahr: 6,9 Prozent). Die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte sanken um 1,1 Prozent (Vorjahr: + 3,9 Prozent). Die Sparquote lag bei 11,7 Prozent (Vorjahr: 11,0 Prozent). Die Arbeitslosenquote stieg leicht auf 5,7 Prozent (Vorjahr: 5,3 Prozent).

Kapitalmärkte

Angesichts des Inflationsgeschehens verstärkte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Zinspolitik mit dem Ziel, zeitnah zu einer Inflationsrate von 2 Prozent zurückzukehren. Die Leitzinssätze der EZB wurden im Februar und März jeweils um 50 Basispunkte und im Juni, Juli und September jeweils um weitere 25 Basispunkte erhöht. Der Zins für kurzfristige Einlagen bei der EZB stieg dadurch auf 4,0 Prozent. Die EZB-Maßnahmen haben ihr Ziel erreicht, denn zum Ende des Jahres sank die Inflationsrate für den Monat Dezember auf 2,9 Prozent. Es bestehen jedoch weiterhin Unsicherheiten, ob die restriktive Geldpolitik nicht durch Zweitrundeneffekte aus Lohn- und Gehaltssteigerungen bzw. dem Auslaufen staatlicher Förderungen konterkariert wird. Die Anleiheprogramme der EZB wurden 2023 reduziert und auslaufende Papiere nicht reinvestiert. Die Bilanzsumme der EZB sank um ca. 13 Prozent auf 6,9 Billionen Euro.

Auch die US-Notenbank Fed beließ ihren Leitzins nach mehrfachen Zinserhöhungen vorerst bei einer Spanne von 5,25-5,50 Prozent, dem höchsten Zinsniveau seit 22 Jahren. Die Inflationsrate in den USA sank von 6,4 Prozent zu Jahresbeginn auf 3,4 Prozent im Dezember 2023. Um die angestrebte Rate von 2 Prozent zu erreichen, werden seitens der Fed erneute Zinserhöhungen nicht vollständig ausgeschlossen. Die Rezessionsbefürchtungen konnten nicht bestätigt werden, da die US-Wirtschaft trotz der restriktiven Zinspolitik ein Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von 2,4 Prozent aufwies. Im März wurden jedoch zwischenzeitlich mögliche schwerwiegende Folgen der hohen Zinsen deutlich, als es durch die Schieflage mehrerer Regionalbanken in den USA und schwindendem Vertrauen in die Finanzbranche zu einer Notübernahme der Schweizer Großbank Credit Suisse durch die UBS kam. Weitere Ansteckungseffekte blieben in der Folge jedoch aus.

Durch die Unsicherheiten bezüglich des Ausmaßes und der zeitlichen Ausgestaltung der Zinserhöhungen zeigten sich die Märkte im Jahresverlauf außergewöhnlich volatil. Insgesamt sind die Aktienmärkte sowohl in den USA als auch in Deutschland gestiegen, während ein Rückgang der Aktienrisikoprämien zu beobachten war. Der DAX schloss mit einem Stand von 16.752 Punkten. Die Jahresperformance des deutschen Leitindex lag bei 20,3 Prozent, die des MSCI-World, in Euro gerechnet, bei 21,8 Prozent. Neben der Aussicht auf rückläufige Zinsen waren es insbesondere die Stabilisierung der Energiepreise in Europa sowie neue Geschäftsperspektiven in

Folge der technologischen Durchbrüche im Bereich der künstlichen Intelligenz bei amerikanischen Tech-Unternehmen, die zu diesem außerordentlich starken Aktienjahr beigetragen haben. Die bestehenden und teils neuen bzw. ausgeweiteten geopolitischen Unsicherheiten traten für die Marktteilnehmer in den Hintergrund. Ungewöhnlich war zudem die starke Spreizung der Entwicklung beim Vergleich einzelner Aktiensegmente. So hat der MDAX für Deutschland erheblich schwächer abgeschnitten als der DAX, während der Dow Jones Index in den USA weit hinter dem breiter gefassten S&P 500 Index zurückblieb.

Im Gegensatz zu den starken Wertrückgängen des Vorjahres konnten sich die Rentenmärkte im Geschäftsjahr konsolidieren. Nach Kursgewinnen zu Jahresbeginn dominierten zunächst die Sorgen vor einer länger anhaltenden Inflation und die Unsicherheit über das Ausmaß der restriktiven Geldpolitik. In der Spitze stieg die Rendite der 10-jährigen US-Staatspapiere im Oktober über die Marke von 5 Prozent, die Kurse aller wichtigen Rentenmärkte lagen auf Jahressicht deutlich im Minus. Anfang November kam es aufgrund der überraschend niedrigen Inflationszahlen zu einer Trendumkehr mit starken Kursanstiegen. Getrieben wurden diese Entwicklungen von der Einschätzung der Finanzmärkte, dass der Leitzins nicht weiter erhöht werde und das Emissionsvolumen von US-Staatsanleihen verringert werden könnte. Die Aussicht auf Zinssenkungen gab Investoren nach fast zwei Jahren andauernden Kursverlusten Anlass, wieder vermehrt in Anleihen zu investieren. Diese positive Stimmung hat auch die europäischen Rentenmärkte erfasst.

Deutliche Unsicherheiten bestehen weiterhin bei Immobilieninvestments aufgrund des Zinsumfelds und der Baukostenentwicklung. Viele Projekte wurden gestoppt. Mit der Insolvenz der Signa-Gruppe hat die Krise auch die Versicherungsbranche als Projektfinanzierer erreicht. Innerhalb bestehender Immobilienbestände belasten gestiegene Liegenschaftszinsen und Finanzierungskosten die Rendite und Zeitwerte der Objekte. Der Sanierungsbedarf unter Nachhaltigkeitsaspekten nimmt darüber hinaus Einfluss auf die Marktpreise.

Deutscher Versicherungsmarkt

Die Geschäftsaussichten für Lebensversicherungsprodukte werden in der Langfristperspektive unverändert als günstig eingeschätzt. Für die Kunden besteht neben kapitalgedeckter Altersvorsorge weiterhin ein Bedarf zur Absicherung biometrischer Risiken in Form von Berufsunfähigkeit und Langlebigkeit. Das gestiegene Zinsniveau wirkt sich unverändert positiv auf das Geschäftsmodell der deutschen Lebensversicherer und Pensionskassen aus. Neu- und Wiederanlagen in festverzinsliche Wertpapiere versprechen höhere Renditen und eröffnen den Spielraum, die Gewinnbeteiligung bei Verträgen mit Zinsgarantien zu überprüfen. Zahlreiche Lebensversicherer haben zum 1.1.2024 ihre Überschussanteile erhöht.

Gleichwohl waren die wirtschaftlichen Aussichten im vergangenen Jahr durch die konjunkturellen Entwicklungen und die Maßnahmen der Zentralbanken weiterhin eingetrübt. Der Anstieg der Reallöhne in Deutschland gleicht die hohen Inflationsraten seit dem Frühjahr 2022 noch nicht aus, die Sparquote der privaten Haushalte ist in 2023 wieder angestiegen und die Termineinlagen bei Banken und Sparkassen sind aufgrund der höheren kurzfristigen Zinsen vergleichsweise attraktiv. Insgesamt waren keine gesamtwirtschaftlichen Impulse zu erkennen, die den Verkauf von langfristigen Altersvorsorgeprodukten hätten stimulieren können.

Gemäß der im Dezember 2023 veröffentlichten Erstversicherungsstatistik 2022 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) standen zum 31.12.2022 126 Pensionskassen unter Bundesaufsicht. Damit sank die Anzahl der beaufsichtigten Un-

ternehmen gegenüber dem Vorjahr um acht Unternehmen. Im Geschäftsjahr 2022 verzeichneten die deutschen Pensionskassen der genannten Statistik entsprechend ein Beitragswachstum in Höhe von 0,2 Prozent (Vorjahr: Rückgang um 3,6 Prozent). Gleichzeitig stieg die Anzahl der versicherten Personen – Anwärter und Rentner – im Geschäftsjahr 2022 von 10 auf 10,2 Millionen. Die oben beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen erschweren weiterhin das Geschäft der Pensionskassen, sodass stagnierende Beitragseinnahmen auch für das Jahr 2023 zu erwarten sind.

Der Automobil-/Fahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie und die Landwirtschaft sind die stärksten Wirtschaftszweige in Niedersachsen. Da die Provinzial Pensionskasse nur in den Bundesländern Niedersachsen und Bremen tätig ist, hängt das Geschäftspotenzial unseres Unternehmens stark vom Wachstum und der Wertschöpfung in diesen Wirtschaftsbereichen ab.

Die skizzierten grundsätzlichen Entwicklungen prägten im Geschäftsjahr 2023 auch den Versicherungsmarkt im Geschäftsgebiet der Provinzial Pensionskasse.

Veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Taxonomie-Verordnung

Mit der Verordnung (EU) 2020/852 (kurz: Taxonomie-Verordnung) wird eine einheitliche Klassifizierung für nachhaltiges wirtschaftliches Handeln geschaffen. Diese soll innerhalb der Europäischen Union für Klarheit darüber sorgen, welche wirtschaftlichen Tätigkeiten als nachhaltig angesehen werden können. Innerhalb von sechs Umweltzielen in der Taxonomie-Verordnung sind für die Ziele Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel bereits Kriterien für die Berichterstattung definiert. Zum 1.1.2023 wurde der Anwendungsbereich um die vier Umweltziele Stärkung der Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Kontrolle der Umweltverschmutzung, Schutz der Wasser- und Meeresressourcen sowie Schutz der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme erweitert. Ökologisch-nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten müssen einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung mindestens eines Umweltziels leisten, dürfen nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines oder mehrerer Umweltziele führen, der soziale Mindestschutz muss eingehalten und die technischen Bewertungskriterien erfüllt werden. Erfüllt die Wirtschaftstätigkeit die Kriterien, ist sie als Taxonomie-konform anzusehen. Nach den Vorgaben der delegierten Verordnungen sind im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der im Dezember 2023 verlautbarten Auffassung der EU-Kommission die Taxonomie-konformen Anteile der Versicherungsumsätze mit Blick auf die Klimaziele anzugeben, während zu den übrigen Zielen die Taxonomie-Fähigkeit auszuweisen ist. Die Taxonomie-bezogene Berichterstattung erfolgt im gesondert geprüften Nachhaltigkeitsbericht.

Offenlegungs-Verordnung

Mit der Verordnung (EU) 2019/2088 (kurz: Offenlegungs-Verordnung) werden harmonisierte Vorschriften für Finanzmarktteilnehmer und Finanzberater über die Transparenz bei der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken in ihren Investitionsentscheidungen auf Unternehmensebene und bei der Bereitstellung von Informationen über die Nachhaltigkeit auf Produktebene festgelegt. Die Angaben sind auf der Internetseite bereitzustellen, in den vorvertraglichen Informationen oder regelmäßigen Berichten. Seit dem 1.1.2023 konkretisiert die Verordnung (EU) 2022/1288 (im Weiteren: technische Regulierungsstandards) die Veröffentlichungspflichten dahingehend, produktbezogene Informationen in standardisierten Formen bereitzustellen. Seit dem 30.6.2023 muss zudem anhand gesetzlich definierter Regelungen über „Nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeit (Principal Adverse Impacts on Sustainability-PAIs)“ berichtet werden. Im Berichtsjahr erfolgte ein Review der Of-

fenlegungsverordnung, das in einem Vorschlag zur Weiterentwicklung der technischen Regulierungsstandards mündete, der nun von der EU Kommission anzunehmen ist. Vorgesehen ist eine Erweiterung der sozialen Indikatoren, Offenlegungen zu Treibhausgas-Emissionsreduktionszielen auf Ebene des Finanzprodukts und eine Anpassung des Rahmens für die Offenlegung der Principle Adverse Impacts (PAI) an die EU-Taxonomie. Für 2024 wird eine Anpassung der technischen Regulierungsstandards erwartet.

Im Anhang zum Lagebericht finden sich für das Versicherungsprodukt der Provinzial Pensionskasse (VGH FirmenRente Sicherheit) gemäß dem Muster der technischen Regulierungsstandards Informationen über die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren (PAI) (Art. 7 Abs. 1 b Offenlegungs-Verordnung) sowie Erläuterungen hinsichtlich der Erfüllung der geförderten ökologischen und sozialen Merkmale (Art. 11 Abs. 2 Offenlegungs-Verordnung).

Der Grundsatz "Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen" findet nur bei denjenigen dem Finanzprodukt zugrundeliegenden Investitionen Anwendung, die die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten berücksichtigen. Die dem verbleibenden Teil dieses Finanzprodukts zugrundeliegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD)

Die am 5.1.2023 in Kraft getretene Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) verpflichtet zukünftig große Unternehmen zur Berichterstattung über die Berücksichtigung und den Umgang mit sozialen und ökologischen Herausforderungen. Die CSRD soll sicherstellen, dass Unternehmen verlässliche und vergleichbare Nachhaltigkeitsinformationen bereitstellen, die Stakeholder für die Bewertung nicht finanzieller Leistungen benötigen. Damit soll vor allem die Transparenz verbessert werden, um die Umorientierung von Investitionen auf nachhaltige Technologien und Unternehmen zu fördern. Im Berichtsjahr sind die umfangreichen branchenübergreifenden European Sustainability Reporting Standards (ESRS) erlassen worden, sowie eine unverbindliche Auflistung aller zu liefernden Datenpunkte seitens der European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG). Diese dienen als Grundlage für die Umsetzungsarbeiten zur Berichterstattung für das Geschäftsjahr 2024.

Gesamtbewertung

Insgesamt blieb der Geschäftsverlauf 2023 der Provinzial Pensionskasse leicht hinter den Erwartungen zurück. Zur langfristigen Absicherung der Zinsverpflichtungen wurde die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve um 1,1 Millionen Euro aufgestockt. Die Ermittlung der Zinsverstärkung im Altbestand erfolgte mit Genehmigung der BaFin auf Basis eines sogenannten modifizierten Referenzzinses in Höhe von 1,94 Prozent. Die Überschussbeteiligung für das Jahr 2023 wurde auf demselben Niveau gehalten wie im Vorjahr. Der Rückversicherungssaldo einschließlich Depotzinsen für den in 2018 neugefassten Quotenrückversicherungsvertrag auf Normalbasis betrug für das Geschäftsjahr 2023 3,5 Millionen Euro. Das gestiegene Zinsniveau wirkt sich in der Langfristperspektive sehr positiv auf das Geschäftsmodell aus.

Überschussverwendung	<p>Nach Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 130 Tausend Euro ergab sich ein Jahresüberschuss von 50 Tausend Euro (Vorjahr: 190 Tausend Euro). Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Ergebnis im Geschäftsjahr positiv von dem Rückversicherungsvorgang beeinflusst ist. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Das ausgewiesene Eigenkapital beträgt 34.847 Tausend Euro (Vorjahr: 34.797 Tausend Euro).</p> <p>Die Solvabilitätsquote beträgt 199 Prozent (Vorjahr: 208 Prozent).</p>
Neuzugang, Bestand und Beitragseinnahme	<p>Für die Provinzial Pensionskasse ergab sich ein Neuzugang von 1.037 Personen (Vorjahr: 1.130) und damit ein Minus von 8,2 Prozent in der Stückzahl. Der Bestand sank leicht um 0,1 Prozent auf 29.919 Personen (Vorjahr: 29.936) einschließlich in- zwischen 2.444 laufenden Renten (Vorjahr: 2.173).</p> <p>Die Beitragseinnahmen sanken um 0,7 Prozent auf 22,8 Millionen Euro (Vorjahr: 23,0 Millionen Euro). 13,8 Millionen Euro der Beitragseinnahmen entfallen auf in Rückdeckung gegebene Versicherungsbestände.</p>
Versicherungsleistungen und Rückversicherung	<p>Die Versicherungsleistungen betragen 20,8 Millionen Euro (Vorjahr: 16,5 Millionen Euro). Diese wurden weit überwiegend als einmalige Kapitalzahlung ausgezahlt, denn von den Personen, die die Altersgrenze erreichen, wählten nach wie vor die Mehrzahl die Kapital- statt der Rentenzahlung.</p> <p>Insgesamt erhöht sich die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft um 16,9 Millionen Euro auf 566,9 Millionen Euro (Vorjahr: 550,0 Millionen Euro). 511,9 Millionen Euro der gesamten Deckungsrückstellung entfallen auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft. Dieser Betrag entspricht den Depotverbindlichkeiten. Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Aufsichtsrat wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 130 Tausend Euro (Vorjahr: 50 Tausend Euro) zugeführt.</p> <p>Um der zukünftigen Steigerung der Lebenserwartung Rechnung zu tragen, war die Deckungsrückstellung für den Altbestand auf Basis genehmigter Geschäftspläne diesbezüglich um insgesamt 24,5 Millionen Euro auf 426,8 Millionen Euro zu erhöhen (Aufwand 2023: 1,2 Millionen Euro).</p> <p>Die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve war von 52,3 Millionen Euro im Vorjahr auf 53,5 Millionen Euro zu erhöhen.</p> <p>Die Gesamtverzinsung aus Rechnungszins und Überschussanteil wird 2024 um 0,50 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2023 angehoben und liegt dann bei 2,50 Prozent. Die Aufstellung der Überschussanteilsätze aller Tarife befindet sich im Anhang.</p>
Kosten	<p>Die Provinzial Pensionskasse beschäftigt außer den Vorständen keine eigenen Mitarbeiter.</p> <p>Es werden Dienstleistungen der Provinzial Lebensversicherung Hannover in Anspruch genommen.</p>

An Abschlusskosten fielen 895 Tausend Euro (Vorjahr: 992 Tausend Euro) an. Die laufenden Verwaltungskosten betragen 995 Tausend Euro (Vorjahr: 939 Tausend Euro). Die Abschlusskostenquote liegt bei 3,9 Prozent (Vorjahr: 4,3 Prozent), die Verwaltungskostenquote bezogen auf die Beiträge belief sich auf 4,4 Prozent (Vorjahr: 4,1 Prozent).

Kapitalanlagen

Der Kapitalanlagebestand stieg auf 595,2 Millionen Euro (Vorjahr: 584 Millionen Euro). Der überwiegende Teil in Höhe von 54,6 Prozent (Vorjahr: 53,6 Prozent) ist in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen inklusive übrige Ausleihungen angelegt. Über 90,6 Prozent der Festzinstitel im Direktbestand waren in Anleihen der öffentlichen Hand, Anleihen mit Gewährträgerhaftung und deutsche Pfandbriefe mit sehr guter bzw. bester Bonität investiert.

In weltweit diversifizierten Spezialfonds wurden 36,1 Prozent (Vorjahr: 36,7 Prozent) der gesamten Kapitalanlagen angelegt. Aufgrund der hohen Qualität des festverzinslichen Bestands sowie der laufenden Steuerung und Überwachung ist das Bonitätsrisiko insgesamt unverändert als gering einzustufen.

Das aktuelle Zinsniveau an den Kapitalmärkten verbessert die Ertragssituation der Provinzial Pensionskasse. In der Neuanlage im Direktbestand konnte im Mittel eine Rendite von 3,4 Prozent erzielt werden. Insgesamt ergaben sich Netto-Kapitalerträge in Höhe von 13,4 Millionen Euro (Vorjahr: 13,2 Millionen Euro) und eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 2,3 Prozent (Vorjahr: 2,3 Prozent).

Die Provinzial Pensionskasse weist zum Jahresende saldierte stille Lasten in Höhe von 64,1 Millionen Euro (Vorjahr: 88,8 Millionen Euro) bzw. 10,8 Prozent (Vorjahr: 15,2 Prozent) des Anlagebestandes aus. Der Rückgang der saldierten Lasten ist auf die Kapitalmarktentwicklung im Jahr 2023 zurückzuführen.

Nicht-finanzielle Erfolgsfaktoren

Nachhaltige Kapitalanlage

Der Vorstand hat Kriterien für nicht-nachhaltige Kapitalanlagen für den Direkt- und Spezialfondsbestand unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte sowie einer verantwortungsvollen nachhaltigen Unternehmensführung definiert. Hierzu wurden Ausschlusskriterien für Investitionen in Aktien und Unternehmensanleihen im Direktbestand und in Spezialfonds festgelegt. Die interne Umsetzung der Ausschlusskriterien erfolgte zu Beginn des Geschäftsjahres 2019. Unsere Kapitalanlage-Verwaltungsgesellschaften sind beauftragt, über die Aktienstimmrechte Einfluss auf eine nachhaltige Unternehmensführung unserer Fondsinvestments zu nehmen. Mit diesen Maßnahmen werden wir der gestiegenen Bedeutung dieser nicht-finanziellen Kriterien und den gesellschaftlichen Erwartungen gerecht.

Bei der Steuerung der Allokation werden in der besonders relevanten Asset-Klasse der Staatsanleihen, zu denen auch Anleihen von Regionalregierungen oder Gebietskörperschaften gehören, Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt. Auf Basis eines Scoringmodells, das alle Staaten weltweit hinsichtlich einer großen Anzahl von Environmental-, Social- und Governance-Kriterien (ESG-Kriterien) bewertet, werden Mindestkriterien in dieser Asset-Klasse für das Einzelinvestment und für das Portfolio festgelegt.

Darüber hinaus hat der alleinige Aktionär der Provinzial Pensionskasse, die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die „Principles for Responsible Investment“ (PRI) zusammen mit den anderen öffentlichen Versicherern unterzeichnet. Mit dem Beitritt zur Initiative verpflichten sich die Unternehmen einschließlich der Tochterunternehmen in der Kapitalanlage Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsaspekte zu beachten, dadurch nachhaltig in der Kapitalanlage zu agieren und hierüber jährlich umfangreich zu berichten.

Planungsabgleich

Die Provinzial Pensionskasse verzeichnete eine Geschäftsentwicklung unterhalb der Planannahmen, soweit es die Beiträge betrifft (Gesamtbeitrag 22,8 Millionen Euro nach 23,0 Millionen Euro Planwert). Die Anzahl der neu versicherten Personen lag mit 1.037 ebenfalls unterhalb der geplanten 1.159 Personen.

Die in 2023 erzielte Nettoverzinsung der Kapitalanlagen in Höhe von 2,3 Prozent sowie die laufende Verzinsung in Höhe von 2,2 Prozent erreichten jeweils den Wert des letztjährigen Prognoseberichts. Die Nettoverzinsung liegt damit auf dem Niveau des Vorjahres, die laufende Verzinsung leicht darüber.

Die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve liegt mit 53,5 Millionen Euro leicht oberhalb des Planwertes. Für die Berechnung der Zinsverstärkung im Altbestand zum 31.12.2023 wurde mit Genehmigung der BaFin, abweichend von dem Referenzzinssatz für den Neubestand gemäß DeckRV, ein modifizierter Referenzzinssatz in Höhe von 1,94 Prozent herangezogen. Gegenüber dem Referenzzins gemäß DeckRV in Höhe von 1,57 Prozent führt dieser Ansatz bei der Bestimmung der Zinsverstärkung zu einer Entlastung in Höhe von insgesamt ca. 16 Millionen Euro.

Prognosebericht

Wirtschaftliches Umfeld

Konjunktur und Kapitalmärkte

Nachdem im Vorjahr geopolitische Spannungen die Weltwirtschaft zunehmend in Form von Preissteigerungen belasteten, ist nach Einschätzung des ifo Instituts aufgrund der rückläufigen Inflationsentwicklung anzunehmen, dass der Zinshöhepunkt sowohl in den USA als auch im Euroraum erreicht ist. Eine erste Leitzinssenkung seitens der EZB wird im Laufe des Jahres 2024 erwartet. Risiken bestehen jedoch in einer möglichen weiteren Eskalation des Krieges in der Ukraine und der potenziellen Ausweitung des Nahost-Konflikts durch das Eintreten anderer Regionalmächte, wie dem Iran.

Die ifo Konjunkturprognose geht für 2024 davon aus, dass der Erdgaspreis im Winterhalbjahr über dem Vorkrisenniveau bleiben wird und einen Wettbewerbsnachteil Europas gegenüber anderen Regionen darstellt. Durch den Rückgang der Inflation und der zeitversetzten Anpassung des Lohnniveaus wird mit einem starken Anstieg der Realeinkommen gerechnet, wodurch die Konsumausgaben der privaten Haushalte maßgeblich zur Konjunkturerholung beitragen werden. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wird in 2023 leicht sinken und in 2024 eine leicht steigende Richtung annehmen. Aufgrund des geringen Wachstums könnte die Zahl der Insolvenzen zunehmen. Der Anstieg der Verbraucherpreise sollte sich von durchschnittlich 5,9 Prozent in 2023 auf 3,0 Prozent in 2024 abschwächen und sich dem Zielwert der EZB annähern. Die aufgebaute Sparquote gibt den privaten Haushalten weiteren Spielraum für Konsum- und Vorsorgeausgaben. Die Arbeitslosenquote steigt leicht auf 6,0 Prozent (2023: 5,7 Prozent).

Der deutliche Rückgang der Inflationsraten im Euroraum gibt Grund für die Annahme, dass die restriktive Geldpolitik der EZB ihren Zinsgipfel bereits erreicht hat. Die langfristigen Kapitalmarktzinsen werden von dieser Einschätzung voraussichtlich nicht beeinflusst, da der zukünftige Zinspfad bereits weitestgehend eingepreist ist. So wird erwartet, dass die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen bis zum Jahr 2025 bei 2,5 Prozent verharren. Durch das gleichzeitige Sinken der Kurzfristzinsen sollte sich die Inversion der Zinsstrukturkurve bis 2025 auflösen. Auch die langfristigen Kreditzinsen für Unternehmen und Haushalte werden voraussichtlich nur langsam sinken, sodass lediglich mit einer zögerlichen Erholung der Kreditnachfrage gerechnet wird. An den Aktienmärkten haben sich die Kurse zuletzt zwar deutlich erholt, jedoch birgt das aktuelle Umfeld, insbesondere im Euroraum, hinsichtlich der konjunkturellen Dynamik diverse Risiken.

Betriebliche Altersversorgung

Für das Geschäftsjahr 2024 besteht hinsichtlich der Entwicklung in der betrieblichen Altersversorgung vorsichtiger Optimismus. Potenziale ergeben sich durch die hohe Ersparnisbildung der privaten Haushalte und den erwarteten starken Anstieg der Realeinkommen in Deutschland bei einem gleichzeitig hohen Bedarf an Altersvorsorgeprodukten angesichts drohender Vorsorgelücken. Unsicherheiten birgt die zukünftige Zinspolitik, da ein mögliches Verharren der kurzfristigen Zinsen auf hohem Niveau einen kompetitiven Nachteil für Altersvorsorgeprodukte darstellt.

Planungen 2024

Bei der Provinzial Pensionskasse belastet die Demografie des Vertragsbestandes die künftige Beitragsentwicklung. Hohe reguläre Vertragsabläufe aus abschlussstarken älteren Jahrgängen müssen durch ausreichend hohes Neugeschäft kompensiert werden. Dafür wurde das Produktangebot mit Kapitalmarktorientierung bereits zum 1.1.2021 fast vollständig überarbeitet. In den Folgejahren konnte eine deutliche Belebung des Neugeschäfts beobachtet werden. Es wird erwartet, dass sich diese positive Entwicklung auch im Jahr 2024 fortsetzt.

Im Geschäftsjahr wurde mit den Sparkassen die vertriebliche Zusammenarbeit überarbeitet. Das Maßnahmenpaket umfasst zahlreiche Verbesserungen zu den Arbeitsfeldern Partnerschaft, Prozesse, Produkte und Provisionen. Mit der Neuausrichtung des Sparkassenvertriebs ist eine neue Betreuungsstruktur für die einzelnen Sparkassen verbunden. Die Umsetzung bildet eine wesentliche Grundlage für die Stärkung dieses Vertriebswegs in den kommenden Jahren. Sämtliche Aktivitäten der drei dezentral aufgestellten und für den Sparkassenvertrieb verantwortlichen Vertriebsbereiche zielen ab auf eine langfristige vertriebliche Bindung der Sparkassen an die VGH durch eine klar am Bedarf der Sparkassen ausgerichtete Unterstützung. Besonders im Fokus stehen die Produkte und die sparkassenspezifischen Beratungs- bzw. Bearbeitungsprozesse.

Für das Jahr 2024 erwarten wir mit Beitragseinnahmen in Höhe von insgesamt 22,9 Millionen Euro ein leichtes Beitragswachstum. Bei der Anzahl der neu versicherten Personen erwarten wir mit 1.282 ebenfalls eine oberhalb der im Jahr 2023 erreichten Größe.

Innerhalb unserer sehr langfristig ausgerichteten Kapitalanlagen wird sich der starke Zinsanstieg in Form von höheren Renditen für die Neu- und Wiederanlage von festverzinslichen Wertpapieren mittelfristig bemerkbar machen. Wir gehen für 2024 von einer laufenden Verzinsung sowie einer Nettoverzinsung in Höhe von 2,3 Prozent aus. Damit würde die Nettoverzinsung auf dem Niveau der in 2023 erzielten Verzinsung liegen, die laufende Verzinsung leicht darüber.

Die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve erhöht sich nach aktuellen Zinsannahmen im Geschäftsjahr 2024 weiter um ca. 1,2 Millionen Euro. Bei einem angenommenen Referenzzinssatz per 31.12.2024 gemäß Korridormethode in Höhe von 1,57 Prozent bzw. einem angenommenen modifizierten Referenzzinssatz in Höhe von 1,90 Prozent liegt diese dann bei ca. 54,7 Millionen Euro.

Chancen- und Risikobericht

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Chancen und Risiken ist Ziel der Geschäftsstrategie. Folgende Erfolgsfaktoren werden in der mittelfristigen Entwicklung des Unternehmens gesehen. Demgegenüber stehen die allgemeinen Risiken aus dem Versicherungsgeschäft, aus der Kapitalanlage und aus der strategischen Aufstellung der Provinzial Pensionskasse im regionalen Marktumfeld.

Chancenbericht

Dezentrale Unternehmensstrukturen

Während sich einzelne Versicherer aus ländlichen Regionen zurückziehen, bleibt die VGH ihren historischen Wurzeln und ihrem dezentralen Geschäftsmodell treu. Die Verankerung in der Region erfolgt seit Generationen durch eine starke Ausschließlichkeitsorganisation mit rund 400 Agenturen und den Sparkassen mit ihrem dichten Filialnetz. Insgesamt 11 Regionaldirektionen für die Agenturen und drei Vertriebsdirektionen für die Sparkassen koordinieren die vertrieblichen und betrieblichen Belange in der Fläche. Mit der damit verbundenen Kundennähe kann die VGH langfristig ihre Marktstärke ausbauen und Wettbewerbsvorteile auch im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge sowohl in den städtischen als auch ländlichen Regionen ihres Geschäftsgebiets generieren.

Produktpolitik

Im Verbund der VGH Versicherungen mit regionaler Marktführerschaft in den Kerngeschäftsbereichen soll die Produktpalette konsequent auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet werden. In diesem Rahmen ordnet sich auch das Produktangebot der Provinzial Pensionskasse ein.

Risiko-/Ertragsorientierte Kapitalanlage

Das Kapitalanlagemanagement zeichnet sich durch eine ausgewogene Gewichtung von Sicherheit, Rendite, Liquidität und Fungibilität aus. Die Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse werden im Wesentlichen in zwei Segmenten gesteuert: Das Basisportfolio besteht aus sicheren Zinstiteln, die sich an den passivseitigen Verpflichtungen orientieren. Innerhalb des Ertragsportfolios erfolgt eine aktive Risikoübernahme zur Erwirtschaftung einer Rendite oberhalb des Basisportfolios. In diesem Segment erfolgt eine zeitnahe Risikosteuerung.

Die Kapitalanlagestrategie definiert den Umfang und die Struktur der genannten Segmente. Mit dieser überwiegend prognoseunabhängigen Aufstellung kann die Provinzial Pensionskasse eine ihren Verpflichtungen angemessene Anlage und Rendite sicherstellen und das bereitgestellte Risikokapital effizient einsetzen.

Unternehmenskultur/Mitarbeiter

Vor dem Hintergrund der engen personellen Bindung der Provinzial Pensionskasse in die Strukturen des VGH Verbundes partizipiert das Unternehmen an der Unternehmenskultur der VGH, die von einer hohen Motivation und Identifikation der Mitarbeiter im Innen- und Außendienst geprägt ist, Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander fördert und das unternehmerische und eigenverantwortliche Denken und Handeln stärkt. Hierfür investiert die VGH in Qualifikation und Gesundheitserhaltung der Mitarbeiter.

Nachhaltige Unternehmensausrichtung

Für die VGH ist das Thema Nachhaltigkeit ein elementarer Baustein des unternehmerischen Erfolgs. Inzwischen gewinnt es auch auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zunehmend an Bedeutung. So unterstützt die VGH beispielsweise die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und stellt jedem Mitarbeitenden kostenlos ein Deutschlandticket zur Verfügung. Zudem erfolgten im Jahr 2023 umfangreiche Erweiterungen der hauseigenen Photovoltaikanlage und damit der Ausbau zu einer der größten Anlagen in der Innenstadt von Hannover. Die Inbetriebnahme der Anlage wird 2024 erfolgen.

Da für die VGH zukunftsorientiertes Denken und Handeln unerlässlich sind, wird die nachhaltige Ausrichtung der VGH weiter systematisiert. Das Nachhaltigkeits-Zielbild wurde im Geschäftsjahr um eine Strategie für den VGH Verbund erweitert.

Das laufende "CSRD-Projekt" setzt die neuen Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung um. Die Unternehmen im VGH Verbund sind verpflichtet, erstmalig in 2025 für das Geschäftsjahr 2024 hiernach zu berichten. Durch die Konzernklausel und die Veröffentlichung im Konzernbericht sind die Einzelunternehmen von der Berichterstattung befreit.

Risikobericht

Marktrisiko

Zur Begrenzung des Marktrisikos aus Kapitalanlagen wird laufend ein vom Vorstand verabschiedetes Risikokapital in jeder Risikoklasse bereitgestellt. Im Rahmen einer risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und prozentuale Risikobedeckung beschlossen. Die Steuerung ist grundsätzlich an ökonomischen Belangen ausgerichtet, bilanzielle und aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen fließen als Restriktionen ein.

Die Risikomessung und -steuerung erfolgt in den Risikoklassen Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen auf Basis einer Value-at-Risk-orientierten Vorgehensweise. Eine hinreichende Streuung und Mischung der Einzeltitel (Granularität) soll durch das Limitsystem sichergestellt werden. Diversifikationseffekte werden bei der Risikobewertung berücksichtigt.

Darüber hinaus erfolgt in regelmäßigen Abständen eine szenariobasierte Analyse der Marktpreisrisiken. Dadurch können die Auswirkungen von Marktveränderungen auf die Kapitalanlage der Provinzial Pensionskasse bemessen und bei Bedarf gezielt Maßnahmen zur Steuerung ergriffen werden.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen gemäß dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard (DRS 20) für die Provinzial Pensionskasse dargestellt. In diesem Stresstest werden die Auswirkungen extremer kurzfristiger Kapitalmarktschwankungen auf den nächsten Bilanzstichtag (31.12.2024) projiziert. Eventuelle Absicherungsstrategien von Aktienkursrisiken, Zinsrisiken, Kreditrisiken und Fremdwährungsrisiken werden nicht berücksichtigt.

Die aktienkurs sensitiven Anlagen umfassen den indirekt in Fonds gehaltenen Aktienteil. Bei den Immobilien wird das gesamte Immobilienexposure im indirekten Bestand berücksichtigt. Ein Rückgang der Aktienkurse um 20 Prozent sowie der Immobilienpreise um 5 Prozent würde bei den Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse Hannover AG per 31.12.2024 zu einem Rückgang der Marktwerte um 9,0 Millionen Euro führen.

Bei der Betrachtung der zinssensitiven Anlagen wurden die direkt sowie die indirekt über Fonds gehaltenen Rentenanlagen berücksichtigt. Ein Zinsanstieg um 100 Basispunkte würde den Marktwert der zinssensitiven Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse per 31.12.2024 um 59,16 Millionen Euro verringern.

Im Rahmen der Überwachung des Währungsrisikos wird die Verteilung der gesamten Kapitalanlagen auf die einzelnen Währungen laufend kontrolliert. Der Anteil der Anlagen in anderen Währungen als dem Euro ist limitiert.

In allen Tests wird überprüft, ob der eingetretene Marktwertverlust, der für das nach dem HGB ermittelte Ergebnis relevant ist, durch das vorhandene Eigenkapital, die freie RfB und die nach dem Stress noch verfügbaren Bewertungsreserven abgedeckt werden kann. Alle Tests weisen ein positives Ergebnis aus und wurden bestanden.

Darüber hinaus wird ein kombiniertes Szenario aus einem Rückgang der Aktienkurse um 20 Prozent sowie der Immobilienpreise um 5 Prozent und einem Zinsanstieg um 100 Basispunkte betrachtet. Der Stresstest kommt auch hier zu der Aussage, dass der eingetretene Marktwertverlust, der für das nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) ermittelte Ergebnis relevant ist, durch das vorhandene Eigenkapital, die freie RfB und die nach dem Stress noch verfügbaren Bewertungsreserven abgedeckt werden kann.

Der Kapitalmarkt ist aktuell durch den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine, die Energiekrise, die hohe Inflation sowie die veränderte Politik der Notenbanken und den daraus resultierenden Zinsanstieg geprägt. Das höhere Zinsniveau ist einerseits attraktiv für Neuanlagen, belastet aber weiterhin bestehende Investments in Zinspapiere. Die Risikotragfähigkeit der Provinzial Pensionskasse bleibt durch die Reserverückgänge im Bereich der Zinsinvestments weiterhin reduziert.

Die Kapitalanlageallokation ermöglicht die Bilanzierung von stillen Lasten gemäß § 341 b HGB und vermeidet außerplanmäßige Abschreibungen. Die Wiederanlage von Zinsanlagen kann die passivseitigen Anforderungen erfüllen.

Versicherungstechnisches Risiko

Grundsätzlich besteht das versicherungstechnische Risiko in der Abweichung der den Verträgen zugrundeliegenden Rechnungsgrundlagen für Zins, Sterblichkeit und Kosten. Zur Beschränkung dieses Risikos sind Sicherheitszuschläge enthalten. Wie in den Vorjahren wurde die Zusatzrückstellung für biometrische Risiken weiter ausgebaut. Der Ausbau der Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve wurde fortgeführt. Durch einen Rückversicherungsvertrag wird das versicherungstechnische Risiko beschränkt und die Finanzierung der Zinszusatzreserve wird unterstützt.

Kredit-/Ausfallrisiko

Neben der Kapitalanlage besteht ein Kreditrisiko im Wesentlichen zur Rückversicherung. Die Rückversicherungsabgabe erfolgt ausschließlich an die Muttergesellschaft Landschaftliche Brandkasse Hannover. Die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls von Rückversicherungsforderungen ist damit sehr gering.

Liquiditätsrisiko

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität erfolgt eine rollierende Liquiditätsplanung, die unter Berücksichtigung der Zu- und Abflüsse auch eine Bereitstellung der Sichteinlagen aus fungiblen Anlagen vorsieht.

Das Liquiditätsrisiko ist sehr gering, da ein schnelles Storno von Verträgen aufgrund der arbeitsrechtlichen Beschränkungen in der betrieblichen Altersversorgung grundsätzlich nicht möglich ist.

Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken beinhalten neben dem operationellen Risiko das strategische und das Reputationsrisiko. Wesentliche Risiken werden laufend überwacht. Die Maßnahmen zur Risikominimierung werden mindestens jährlich beim Durchlauf der Risikoinventur überprüft. Die Inventur wird zudem durch Risikoassessments ergänzt, innerhalb derer ein Dialog zwischen dem Risikomanagement und den Fachbereichen zu neuen und bestehenden Risiken sowie den hinterlegten Maßnahmen stattfindet.

Geopolitische Risiken

Deutschland gehört zu den weltweit größten und stärksten Volkswirtschaften mit einem sehr hohen Export-Anteil. Bei größeren Krisensituationen sind über die engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen zu fast allen Ländern und Kontinenten der Erde negative Auswirkungen auf die eigene Wirtschaftsentwicklung nicht auszuschließen. Dies war im Geschäftsjahr durch die Fortsetzung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, sowie den Krieg zwischen Israel und Palästina zu spüren.

Die Provinzial Pensionskasse ist von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere von der Kapitalmarktentwicklung abhängig. Geopolitische Risiken können die Geschäftsentwicklung der Provinzial Pensionskasse beeinflussen. Verwerfungen auf den Kapitalmärkten wirken sich auf das Anlageergebnis der Provinzial Pensionskasse aus. Durch die relativ niedrige Aktienquote, das welt-

weit diversifiziert aufgestellte Anlageportfolio und das vorhandene Risikokapital werden Schwankungen auf den Aktienmärkten auf der Ergebnisseite begrenzt.

Die Provinzial Pensionskasse ist durch diese Krisensituationen wirtschaftlich nur in einem geringen Umfang belastet, da auf den internationalen Kapitalmärkten die Auswirkungen von Kriegen in exponierten Regionen kurzfristig oft sehr stark, aber selten von langfristiger Natur wirken. Aufgrund der diversifizierten Anlagepolitik können die Auswirkungen auf das Kapitalanlageergebnis der Provinzial Pensionskasse wirksam aufgefangen werden. Die materiellen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis der Provinzial Pensionskasse werden insgesamt als kontrolliert eingeschätzt.

Inflationsrisiken

Die umfassenden Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise 2008 haben die Zentralbanken veranlasst, eine langanhaltende Niedrigzinspolitik zu betreiben, um die hochverschuldeten Staaten zu entlasten und die Wirtschaft über günstige Kredite zu fördern. Während der Niedrigzinsphase führte die Inflation zu keiner besonderen Belastung der Wirtschaft. Mit den multiplen Krisenentwicklungen der letzten Jahre stieg der Preisdruck weltweit an. Die Inflation zog Mitte 2021 an und erreichte 2022 mit 10,4 Prozent ihren Höchststand. Die Inflationsrate ist in 2023 weiter gesunken und befindet sich Ende 2023 wieder auf dem Stand von August 2021.

Für die Provinzial Pensionskasse Hannover kann festgestellt werden, dass das Geschäftsmodell im Wesentlichen auf dem Verkauf eines Nominalzinsversprechens basiert, das grundsätzlich inflationsunabhängig ist. Das Unternehmen ist für die weitere Geschäftsentwicklung weitgehend inflationsrobust aufgestellt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bestehen für die Lebensversicherungsbranche vorwiegend aus regulatorischen Vorhaben, die den unternehmerischen Entscheidungsspielraum in der Produktgestaltung einschränken könnten sowie aus der deutschen oder europäischen höchstrichterlichen Rechtsprechung zur weiteren Gestaltung des Verbraucherschutzes, die vor allem in bestehende Verträge eingreift. Wegen der branchenweiten Bedeutung nimmt die Arbeit der Verbände hier eine besondere Stellung ein.

IT-Risiken

Cyberisiken sind auch in 2023 gestiegen, wie z. B. die Bundesanstalt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in ihrem Jahresbericht feststellt. Auch im Umfeld der VGH werden Cyberangriffe auf Dienstleister oder Kunden wahrnehmbarer. Interne Prozesse zur Koordination und Durchführung von angemessenen Maßnahmen sind etabliert. Die Bedrohungslage führt auch zu steigenden regulatorischen Anforderungen auf die die Provinzial Pensionskasse gemeinsam mit ihrem Dienstleister ivv mit risikomindernden Maßnahmen wie beispielsweise Audits und Verbesserungen der Angriffserkennung und -reaktion reagiert. Durch diese Maßnahmen ist die Risikolage weiterhin als gleichbleibend einzuschätzen. Die zu Beginn des Russland-Ukraine-Krieges durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik festgestellte erhöhte Bedrohungslage besteht nach wie vor.

Nachhaltigkeitsrisiken

Negative Auswirkungen aus Nachhaltigkeitsrisiken umfassen im Wesentlichen Wertverluste aus der Neubewertung von Geschäftsaussichten von Branchen und Betrieben unter Nachhaltigkeitsaspekten. Diese Aspekte spielen bei der Provinzial Pensionskasse vor allem im Bereich der Kapitalanlage eine Rolle. Auch mögliche Reputationsrisiken des Unternehmens sind im Themenbereich Nachhaltigkeit besonders zu beachten.

Kurzfristige Auswirkungen aus Nachhaltigkeitsrisiken sind bereits in bestehenden Risikokategorien angemessen berücksichtigt. Regelmäßige Analysen mit möglichen erforderlichen Anpassungen in der Zukunft erfolgen im Rahmen der jährlichen Überprüfung des Risikoprofils.

Vor dem Hintergrund der engen Einbindung der Provinzial Pensionskasse in die Strukturen des VGH Verbundes partizipiert das Unternehmen an der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken der VGH.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Es kann festgehalten werden, dass das Unternehmen für seine weitere Geschäftsentwicklung weitgehend inflationsrobust aufgestellt ist. Gegenwärtig sind keine Risiken erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen. Die Risikosituation ist kontrolliert.

Risikomanagementsystem

Risikoorganisation und Risikomanagement

Die Provinzial Pensionskasse nutzt im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrages das Risikomanagementsystem der VGH Versicherungen, Hannover. Die Risikomanagementfunktion, die Versicherungsmathematische Funktion und die Interne Revisionsfunktion sind an die Provinzial Lebensversicherung Hannover ausgegliedert. Durch das Risikomanagement werden Risiken identifiziert, erfasst und bewertet. Die systematische Erfassung der Risiken ermöglicht das frühzeitige Aufzeigen und Nachhalten von Handlungsmaßnahmen.

Die Risikomanagementfunktion überwacht laufend die Risiken, begleitet die operativen Bereiche bei der Steuerung ihrer Risiken, ist verantwortlich für die Risikoberichterstattung und unterstützt den Vorstand bei den Aufgaben zum Risikomanagement. Von der Internen Revision wird das Risikomanagementsystem in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Risikolage des Unternehmens informiert.

Das Risikotragfähigkeitskonzept bildet den Grundstein der quantitativen Risikosteuerung in der Kapitalanlage. Jährlich stellt der Vorstand das Risikobudget für das Unternehmen und die einzelnen Risikokategorien zur Verfügung. Die unterjährige Überwachung und Steuerung des Budgets wird unterstützt durch die vorhandenen Limitsysteme.

Weitere Informationen

Schlusserklärung

Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen wurden im

vergangenen Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen. Dieser Beurteilung liegen Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.

Governance

Der Vorstand bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinie seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliches Versicherungsunternehmen sowie die allgemein anerkannten Grundsätze einer guten Corporate Governance.

GDV-Verhaltenskodex

Die Provinzial Pensionskasse und ihre Verbundunternehmen sind dem GDV-Verhaltenskodex mit Wirkung zum 1.4.2014 beigetreten. Dieser Verhaltenskodex stellt eine Selbstverpflichtung aller beigetretenen Versicherungsunternehmen dar, den gestiegenen Kundenbedürfnissen und sich abzeichnenden gesetzlichen Anforderungen an die Transparenz und Verbindlichkeit im Rahmen der Vermittlung von Versicherungsprodukten Rechnung zu tragen. Inhaltlich steht ein hoher Anspruch an die Qualifikation der Beratung, deren Dokumentation sowie klare und verständliche Versicherungsprodukte im Vordergrund der in 11 Punkten niedergelegten Selbstverpflichtung. Mit dem Beitritt haben sich die unter dem Dach der VGH agierenden Unternehmen dazu verpflichtet, diese Verhaltensregeln umzusetzen und einzuhalten.

Die interne Revision hat Anfang 2021 die Angemessenheit der Umsetzung ohne Einschränkungen für den Zeitraum vom 1.5.2018 bis 31.3.2021 festgestellt. Die nächste Prüfung erfolgt voraussichtlich 2024.

Sonstiges

Die Provinzial Pensionskasse ist freiwilliges Mitglied im gesetzlichen Sicherungsfonds der Lebensversicherungsunternehmen.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kundinnen und Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Dienstleistern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen, mit denen sie wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2023 beigetragen haben. Auch den Personalräten und der Gleichstellungsbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Hannover, den 26. Februar 2024

Der Vorstand

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 4.847.108,09 Euro ausgewiesen.

Der Vorstand wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Hannover, den 26. Februar 2024

Der Vorstand

Übrige Angaben

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2023

	Anwärter		
	Männer	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	12.540	15.223	
II. Zugang während des Geschäftsjahres			
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	430	607	
2. Sonstiger Zugang	0	0	
3. Gesamter Zugang	430	607	
III. Abgang während des Geschäftsjahres			
1. Tod	36	23	
2. Beginn der Altersrente	117	162	
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	0	2	
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	422	559	
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	
7. Sonstiger Abgang	0	4	
8. Gesamter Abgang	575	750	
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	12.395	15.080	
Davon			
1. Beitragsfreie Anwartschaften	4.527	5.632	
2. in Rückdeckung gegeben	8.519	10.110	

Invaliden- und Altersrente			Hinterbliebenenrenten					
Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
Anzahl	Anzahl	Tsd. €	Anzahl	Anzahl	Tsd. €	Witwen	Witwer	Waisen
						Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1.050	1.122	3.392	1	0	0	0	0	0
117	164	612	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
117	614	612	0	0	0	0	0	0
6	3	12	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	1	1	0	0	0	0	0	0
6	4	13	0	0	0	0	0	0
1.161	1.282	3.992	1	0	0	0	0	0
1.153	1.277	3.982	0	0	0	0	0	0

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite	2023		2022
	€	€	€
A. Kapitalanlagen			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	214.666.633		214.279.365
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	55.552.577		56.388.945
3. Sonstige Ausleihungen	324.978.057	595.197.267	313.286.316
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			
		98.901	27.565
C. Forderungen			
I. Sonstige Forderungen			175
Davon: an verbundene Unternehmen: 0 € (0 €)			175
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	10.512.829		4.964.517
II. Andere Vermögensgegenstände	297.992	10.810.821	460.575
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	3.536.373		3.350.465
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	344.231	3.880.604	382.302
Summe der Aktivseite		609.987.768	593.140.225

Bestätigung gemäß VAG:

Gemäß § 128 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 27. Februar 2024

Dr. Christian Haferkorn
Treuhänder

Passivseite	2023		2022
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Eingefordertes/gezeichnetes Kapital		3.000.000	3.000.000
II. Kapitalrücklage		23.906.911	23.906.911
III. Gewinnrücklagen			
1. andere Gewinnrücklagen		3.093.089	3.093.089
IV. Bilanzgewinn		4.847.108	34.847.108
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag	566.788.219		549.993.167
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	511.926.257	54.861.962	503.082.884
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	525.606		401.612
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	475.254	50.352	370.363
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		4.988.598	59.900.912
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag		98.901	27.565
D. Andere Rückstellungen			
I. Steuerrückstellungen		154	28.549
II. Sonstige Rückstellungen		9.000	9.154
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		511.926.257	503.082.884
F. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern		849.392	828.119
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		294.241	42.559
III. Sonstige Verbindlichkeiten		1.213.143	2.356.776
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 1.189.314 € (1.270.181 €)			
G. Rechnungsabgrenzungsposten		848.660	912.208
Summe der Passiva		609.987.768	593.140.225

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. I. und C. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 in Verbindung mit § 234 Absatz 6 Satz 1, auch in Verbindung mit § 233 Absatz 5 Satz 2, VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 9.1.2024 genehmigten Geschäftsplan für die

Zinsverstärkung im Altbestand sowie dem zuletzt am 14.1.2019 genehmigten Ergänzungsgeschäftsplan für die Anpassung des Altbestands an Rentenversicherungen berechnet worden.

Hannover, den 26. Februar 2024

Bernhard Clemens Patzelt
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023			2022
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		22.837.882		23.001.715
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		- 13.482.628	9.355.254	14.380.959
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			308.673	226.982
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		13.603.334		12.587.889
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		825.110	14.428.444	995.774
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			4.080	0
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			21.038	15.292
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 20.697.910			- 16.480.480
bb) Anteil der Rückversicherer	18.977.810	- 1.720.100		15.179.364
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 123.994			- 34.639
bb) Anteil der Rückversicherer	104.891	- 19.103	- 1.739.203	14.487
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	- 16.866.389			- 21.543.014
bb) Anteil der Rückversicherer	8.843.373	- 8.023.016		14.043.774
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			- 130.000	- 50.000
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	- 895.148			- 992.089
b) Verwaltungsaufwendungen	- 995.463	- 1.890.611		- 939.010
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		213.155	- 1.677.456	- 232.143
Übertrag:			12.547.814	11.877.229

	2023		2022
	€	€	€
Übertrag:		12.547.814	11.877.229
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	- 422.926		- 390.040
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	- 902		0
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	- 618.105	- 1.041.933	- 672
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		0	- 1.691
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR		- 11.184.597	- 11.010.491
13. Versicherungstechnisches Ergebnis feR		321.284	474.335
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	80.652		6.997
2. Sonstige Aufwendungen	- 230.928	- 150.276	- 253.197
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		171.008	228.135
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 121.008	- 38.135
5. Jahresüberschuss		50.000	190.000
6. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		4.797.108	4.607.108
7. Bilanzgewinn		4.847.108	4.797.108

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

AKTIVA

A. Kapitalanlagen

Anteile an Investmentvermögen, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind – soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet –, mit den Börsen- oder Marktpreisen, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet. Soweit Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen, wird vom Wahlrecht der Bewertung nach den Grundsätzen des Anlagevermögens für einzelne Vermögensgegenstände Gebrauch gemacht.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Fonds erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Abschreibungen werden bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Sofern eine Inhaberschuldverschreibung dem Anlagevermögen zugeordnet ist, wird diese zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung bis auf den dauerhaft beizulegenden Wert abgeschrieben (gemildertes Niederstwertprinzip). Ein vorhandenes Agio und Disagio wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode amortisiert.

Namenschuldverschreibungen werden mit ihrem jeweiligen Nennbetrag angesetzt. Agio- und Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung unter Anwendung der Effektivzinsmethode auf die Laufzeit verteilt. Namensschuldverschreibungen ohne laufende Verzinsung werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und übrige Ausleihungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Amortisation einer Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten Ausleihungen gegenüber niedersächsischen Kommunen sowie Anteile am Sicherungsfonds für Lebensversicherungen und werden zu Anschaffungskosten bilanziert.

C. Forderungen

Forderungen werden mit dem jeweiligen Nennwert angesetzt. Abschreibungen und Wertberichtigungen waren nicht erforderlich.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit dem jeweiligen Nennbetrag.

PASSIVA

- B. Versicherungstechnische Rückstellung**
- Die Deckungsrückstellung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv mit implizit angesetzten Kosten und Bildung einer Verwaltungskosten- sowie einer Abschlusskostenreserve (letztere nicht für die Tarife PK, PK21 und PK22) ermittelt worden.
- Dabei wurden für die bis einschließlich 2005 abgeschlossenen Tarife (Altbestand) ein Rechnungszinssatz von 3,25 Prozent bzw. 2,75 Prozent sowie jeweils die mit zusätzlichen Abschlägen versehenen Heubeck-Richttafeln 1998 verwendet. Um das Sicherheitsniveau zu erhöhen, wurde eine zusätzliche Verstärkung der Deckungsrückstellung sowohl für Sterblichkeit als auch für Zinsrisiken vorgenommen. Bei der Berechnung des Auffüllungsbetrages für die Zinsverstärkung wurde ein Referenzzins von 1,94 Prozent als Rechnungsgrundlage verwendet.
- Den Berechnungen der Deckungsrückstellung für die ab 2006 abgeschlossenen Verträge (Neubestand) liegen ein Rechnungszins von 2,75 Prozent, 2,25 Prozent, 1,75 Prozent, 1,25 Prozent, 0,9 Prozent, 0,35 Prozent sowie 0,25 Prozent und Sterbetafeln auf Grundlage der DAV 2004 R der Deutschen Aktuarvereinigung zugrunde. Für ab dem 21.12.2012 neu begründete Versicherungsverhältnisse werden geschlechterunabhängige Mischtafeln verwendet. Bei der Berechnung der Zinssatzreserve wurde ein Referenzzins von 1,57 Prozent, der gemäß § 5 Absatz 3 DeckRV ermittelt wurde, als Rechnungsgrundlage verwendet.
- Bei der Berechnung der Zinsverstärkung im Altbestand bzw. der Zinssatzreserve im Neubestand wurden analog zum Vorjahr Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt.
- Auf den Rechnungszins von 3,25 Prozent bzw. 2,75 Prozent entfallen 56,8 Prozent bzw. 21,9 Prozent der gesamten Deckungsrückstellung. Auf den Rechnungszins von 2,25 Prozent entfällt 11,6 Prozent, auf den Zinssatz 1,75 Prozent 4,2 Prozent, auf den Zinssatz von 1,25 Prozent 1,7 Prozent, auf den Zinssatz von 0,9 Prozent 2,8 Prozent, auf den Zinssatz 0,35 Prozent 0,4 Prozent sowie auf den Zinssatz 0,25 Prozent 0,5 Prozent der gesamten Deckungsrückstellung. Es handelt sich um ungezillmerte Tarife.
- Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt individuell je Schadenfall.
- C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird**
- Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen wird nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

- D. **Andere Rückstellungen** Alle anderen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.
- E. **Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft** Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.
- F. **Andere Verbindlichkeiten** Der Ansatz erfolgt mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag. Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.
- G. **Rechnungsabgrenzungsposten** Abgegrenzt werden Disagien aus Namensschuldverschreibungen infolge der angewandten Nennwertbilanzierung.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

- A.I.1 Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**
- Der Posten enthält Anteile an Investmentvermögen mit dem Anlageziel Aktien, Immobilien und Renten mit Buchwerten in Höhe von 214.667 Tausend Euro. Die beizulegenden Zeitwerte betragen 200.581 Tausend Euro. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind unterblieben, da nicht von einer dauernden Wertminderung ausgegangen wird. Ausschüttungen erfolgten in Höhe von 4.780 Tausend Euro.
- A.I.2 Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**
- Alle Inhaberschuldverschreibungen werden nach den Grundsätzen der für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind unterblieben, da nicht von einer dauernden Wertminderung ausgegangen wird. Die beizulegenden Zeitwerte der betreffenden Inhaberschuldverschreibungen betragen 30.874 Tausend Euro, die Buchwerte 39.327 Tausend Euro. Es ist beabsichtigt, die Papiere bis zum Ende der jeweiligen Laufzeit zu behalten. Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Papiere nicht vollständig bedient werden.
- Mit Wirkung zum 1.1.2023 wurde die Bilanzierung von Inhaberpapieren im Bestand des Anlagevermögens geändert. Die Bilanzierung erfolgt ab 1.1.2023 unter Nutzung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die Änderung des Bilanzierungsverfahrens führt zu 77 Tausend Euro periodenfremden Erträgen.
- A.I.3 Sonstige Ausleihungen**
- Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind bei den Namensschuldverschreibungen unterblieben, da die betreffenden Wertpapiere bis zur Endfälligkeit gehalten werden und mit einem Ausfall der Rückzahlungsbeträge nicht gerechnet wird. Die beizulegenden Zeitwerte der betreffenden Namensschuldverschreibungen betragen 77.882 Tausend Euro, die Buchwerte 92.404 Tausend Euro. In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Zeitwert von 16.886 Tausend Euro enthalten. Für diese Namensschuldverschreibungen beträgt der Buchwert 21.904 Tausend Euro.
- Bei den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert unterblieben, da die betreffenden Wertpapiere bis zur Endfälligkeit gehalten werden und mit einem Ausfall der Rückzahlungsbeträge nicht gerechnet wird. Der beizulegende Wert der betreffenden Schuldscheinforderungen und Darlehen beträgt 95.935 Tausend Euro, die Buchwerte 127.798 Tausend Euro. In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Zeitwert von 10.410 Tausend Euro enthalten. Für diese Schuldscheinforderungen und Darlehen beträgt der Buchwert 14.000 Tausend Euro. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zu den jeweiligen Laufzeitenden wieder ausgeglichen.
- D.III Andere Vermögensgegenstände**
- Es handelt sich um Steuererstattungsansprüche in Höhe von 298 (461) Tausend Euro, die aus zu hohen Vorauszahlungen resultieren.
- E. Rechnungsabgrenzungsposten**
- Es handelt sich im Wesentlichen um abgegrenzte Zinsen für Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen in Höhe von 3.536 (3.350) Tausend Euro, die erst in 2024 fällig werden. Des Weiteren beinhaltet der Posten Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 344 (382) Tausend Euro.

Entwicklung der Aktivposten A und B

	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen
	2022		
	€	€	€
A. Kapitalanlagen			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	214.279.365	9.572.065	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	56.388.945	1.860.598	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	142.634.482	8.626.926	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	161.891.142	13.044.168	0
c) Übrige Ausleihungen	8.760.692	97.268	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	11.010.000	0
Insgesamt	583.954.626	44.211.025	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung der Zeitwerte

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach den Net Asset Value.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen werden die Zeitwerte nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivaten Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. In einzelnen Fällen wird auf unabhängige externe Datenlieferanten zurückgegriffen.

Inhaberschuldverschreibungen und Anteile an Investmentvermögen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte	Zeitwertreserve*)
€	€	€	2023 €	2023 €	2023 €	2023 €
9.184.797	0	0	214.666.633	214.666.633	200.580.906	- 14.085.727
2.696.966	0	0	55.552.577	55.552.577	48.668.562	- 6.884.015
0	0	0	151.261.408	150.756.979	138.768.446	- 11.988.533
10.075.719	0	0	164.859.591	164.859.591	135.400.381	- 29.459.210
0	0	902	8.857.058	8.857.058	7.171.438	- 1.685.620
11.010.000	0	0	0	0	0	0
32.967.482	0	902	595.197.267	594.692.838	530.589.733	- 64.103.105

*) ohne A; einschl. Agien und Disagien

Für die in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen vor Abzug eines Sicherungsbedarfs ergeben sich als

	2023 €
Gesamtsumme der Anschaffungskosten	594.692.838
Gesamtsumme der beizulegenden Zeitwertes	530.589.733
Saldo	- 64.103.105

A.I Eingefordertes / gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 3 Millionen Euro und ist eingeteilt in 300 Stückaktien.

A.II Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage setzt sich wie folgt zusammen:

	2023 €	2022 €
Kapitalrücklage		
nach:		
§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB	500.000	500.000
§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	23.406.911	23.406.911
Stand am Ende des Geschäftsjahres	23.906.911	23.906.911

A.III Gewinnrücklagen

1. andere Gewinnrücklagen

Entwicklung	2023 €	2022 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	3.093.089	3.093.089
Zuführung zu dem Bilanzgewinn	0	0
Stand am Ende des Geschäftsjahres	3.093.089	3.093.089

A.IV Bilanzgewinn

Entwicklung	2023 €	2022 €
Jahresüberschuss	50.000	190.000
Gewinnvortrag	4.797.108	4.607.108
Bilanzgewinn	4.847.108	4.797.108

B.I Deckungsrückstellung

Im Berichtsjahr wurde die Zinsverstärkung im Altbestand bzw. die Zinszusatzreserve im Neubestand als Teil der Deckungsrückstellung analog zum vorangegangenen Berichtsjahr unter Berücksichtigung unternehmensspezifischer Wahrscheinlichkeiten mit entsprechenden Sicherheiten für die Ausübung des Kapitalwahlrechts und der Storno-Option gebildet. Insgesamt besteht zum Bilanzstichtag eine Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve in Höhe von 53.488 (52.345) Tausend Euro. Zur langfristigen Absicherung der Zinsverpflichtungen wurde die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve damit um 1.143 Tausend Euro weiter erhöht.

B.III Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2023 €	2022 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	5.167.271	5.344.253
Entnahme	308.673	226.982
Zuführungen	130.000	50.000
Stand am Ende des Geschäftsjahres	4.988.598	5.167.271
davon:		
Festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	751.420	271.624
Ungebundene	4.237.178	4.895.647

D.II Sonstige Rückstellungen	2023 €	2022 €
Jahresabschlussprüfung	9.000	30.000
Personalarückstellung	0	0
Rechtsberatung	0	0
Insgesamt	9.000	30.000

F.I Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten überwiegend vorausgezahlte Beiträge.

G. Rechnungsabgrenzungsposten Der Posten beinhaltet Disagien aus Namensschuldverschreibungen privatrechtlicher Geld- und Kreditinstitute sowie gegenüber Bund, Länder, Gemeinden und andere Körperschaften in Höhe von 849 (912) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I.1.a) Gebuchte Beiträge Sämtliche Beiträge resultieren aus dem Inlandsgeschäft.

Kapitalversicherungen	2023 €	2022 €
Laufende Beiträge	0	0
Einmalbeiträge	0	0

Renten- und Pensionsversicherungen	2023 €	2022 €
Laufende Beiträge	0	0
Einmalbeiträge	22.837.882	23.001.715

Davon aus:	2023 €	2022 €
Einzelversicherungen	8.202.766	8.132.702
Kollektivversicherungen	14.635.116	14.869.013

Sonstige Angaben

Provisionen und Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2023 €	2022 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	702.724	785.258
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	0	0
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
6. Aufwendungen insgesamt	702.724	785.258

Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen

Im Jahresabschluss angabepflichtige Haftungsverhältnisse i. S. d. § 251 HGB, sonstige aus dem Jahresabschluss nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse oder wesentliche andere finanzielle Verpflichtungen i. S. v. § 285 Nr. 3 i. V. m. § 341 a Abs. 2 Satz 4 HGB bestehen nicht.

Gegenüber dem Sicherungsfonds für die Lebensversicherer besteht eine latente Verpflichtung zur Einzahlung zusätzlicher Eigenmittel in Höhe von 472 Tausend Euro.

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo nach RechVersV beträgt 14.657 (15.089) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers. Zusätzlich ergaben sich Depotzinsen 11.175 (10.945) Tausend Euro und sonstige versicherungstechnische Erträge von 0 (16) Tausend Euro zu Gunsten der Rückversicherer.

Weitere Angaben

Nach der vorliegenden Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG hält die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, das gesamte gezeichnete Kapital der Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover.

Offene Vorkäufe auf Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Latente Verpflichtungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen zu einem vorab festgelegten Zinssatz zu erwerben, bestehen nicht.

Es werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Im Geschäftsjahr erfolgten Tantiemезahlungen an die Vorstände in Höhe von 52 Tausend Euro.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr keine Vergütungen gezahlt.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar ohne Umsatzsteuer für den Abschlussprüfer beträgt für die Prüfung des Jahresabschlusses 39 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 1 Tausend Euro. Für andere Beratungsleistungen (Prüfung der Meldung gemäß SichLVFinV) beträgt der Aufwand 1 Tausend Euro.

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover erstellt einen Konzernabschluss, in dem die Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, als abhängiges Unternehmen einbezogen wird. Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses erfolgt im Unternehmensregister des Bundesanzeiger Verlags.

Die Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, ist im Handelsregister B des Amtsgerichts Hannover unter der Nummer HRB 60620 eingetragen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung bezüglich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben nach Schluss des Geschäftsjahrs nicht stattgefunden.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Bei Abschluss eines Altersvorsorgevertrags wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden, von der Aufsichtsbehörde genehmigten Rechnungsgrundlagen vorsichtig gewählt. Dadurch entstehen im Allgemeinen Überschüsse, an denen jeder Vertrag im Rahmen der Überschussbeteiligung teilhat. Die Höhe dieser Überschüsse hängt von der Verzinsung der Kapitalanlagen, der Entwicklung der Lebenserwartung und dem Verlauf der Kosten ab. Die daraus resultierenden Ergebnisse unterliegen jedoch Schwankungen. Kurzfristige Schwankungen können in aller Regel ausgeglichen werden. Lang anhaltende Änderungen, z. B. an den Kapitalmärkten, oder wenn die Lebenserwartung stärker als bisher eingerechnet steigt, führen dagegen zu einer entsprechenden Anpassung der Überschussanteilsätze.

Das System der Überschussbeteiligung, also die Art und Weise wie der Überschuss festgestellt und den Verträgen zugeteilt wird, erfolgt für die bis einschließlich 2005 angebotenen Tarife entsprechend dem von der Aufsichtsbehörde, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, genehmigten Geschäftsplan für die Überschussbeteiligung. Für die ab 2006 abgeschlossenen Verträge sind allein die gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen maßgebend. Die Überschussanteilsätze werden jährlich vom Vorstand auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars für das Folgejahr festgelegt.

Derzeit gilt folgendes Verfahren:

Tarife PK bis PK17

Für die bis einschließlich 2020 angebotenen Tarife werden die Überschüsse jährlich zum 1.7. eines Jahres den Verträgen zugeteilt. Der Zinsüberschussanteil wird vor Rentenbeginn in Prozent des arithmetischen Mittels des Deckungskapitals am Jahresanfang und Jahresende des Vorjahres ermittelt. Nach Rentenbeginn ist das gewinnberechtigende Deckungskapital am Zuteilungstermin maßgeblich. Der Grundüberschuss wird in Prozent der erreichten Jahresrente errechnet. Hinzu können Schlussüberschussanteile kommen. Die jährlichen Überschussanteile werden als Einmalbeiträge für eine Zusatzrente verwendet, die zusammen mit der vertraglich vereinbarten Rente fällig wird. Hierdurch erhöht sich die versicherte Rente; nach Rentenbeginn ergibt sich dadurch eine jährlich zum 1.7. steigende Gesamt-Rente.

Tarife PK21 und PK22

Für die ab 2021 angebotenen Tarife werden die Überschüsse vor Beginn der Rentenzahlung jeweils zum Ende eines Monats den Verträgen zugeteilt. Der laufende Überschussanteil setzt sich entsprechend seiner Entstehung aus einem Grundüberschuss und einem Zinsüberschuss zusammen.

Der Grundüberschuss wird in Prozent der Beitragssumme berechnet. Der monatliche Zinsüberschuss wird mit Hilfe des Garantiedeckungskapitals sowie des Wertes einer eventuell vorhandenen Bonusrente zu Beginn des Monats der Zuteilung und einem zeitanteiligen Zinsüberschussanteilssatz berechnet. Hinzu können Schlussüberschussanteile kommen. Die laufenden Überschussanteile werden in Fondsanteile umgewandelt und dem Anlagestock zugeführt. Wurde der Wert der entsprechenden Fondanlage durch Ausüben der Sicherungsoption in das konventionelle Deckungskapital überführt, werden die laufenden Überschussanteile als Einmalbeiträge für eine Zusatzrente verwendet, die zusammen mit der vertraglich vereinbarten Rente fällig wird.

Nach Beginn der Rentenzahlung erhalten die Verträge jeweils zum Ende eines Rentenbezugsjahres, erstmals am Ende des ersten Jahres nach Beginn der Rentenzahlung, einen Zinsüberschuss als jährlichen Überschussanteil. Das Rentenbezugsjahr beginnt mit dem im Versicherungsschein genannten Tag der ersten Rentenzahlung. Maßgeblich ist das gewinnberechtigte Deckungskapital am Zuteilungstermin. Die jährlichen Überschussanteile werden als Einmalbeiträge für eine Zusatzrente verwendet. Dadurch ergibt sich eine jährlich zum Ende eines Rentenbezugsjahres steigende Gesamt-Rente.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Ferner ist bei Beendigung des Vertrages in der Aufschubzeit sowie zu Rentenbeginn der Versicherungsnehmer an etwaig vorhandenen Bewertungsreserven unter Berücksichtigung des Sicherungsbedarfes zu beteiligen. Bedingt durch die hohen Wertschwankungen an den Kapitalmärkten können sich diese anteiligen Bewertungsreserven monatlich erheblich verändern.

Für die Beteiligung kann jährlich eine Sockelbeteiligung festgelegt werden. Ist die tatsächlich zustehende Beteiligung höher als die Sockelbeteiligung, wird der übersteigende Teil zusätzlich bezahlt.

Zurzeit ist keine Sockelbeteiligung festgelegt. Alle laufenden Renten erhalten zur Beteiligung an den Bewertungsreserven grundsätzlich einen zusätzlichen Überschussanteil.

Für das Jahr 2024 wurden die folgenden jährlichen Überschussanteilsätze (laufende Überschussbeteiligung) für Anwärter und Rentner festgelegt:

Zinsüberschussanteile des gewinnberechtigten Deckungskapitals

Tarif (Faktorentabelle)	Jährlicher Überschussanteil Anwärter in %	Jährlicher Überschussanteil Rentner in %
PK, PK04, PK05, PK06 jeweils in den Tarifstufen (TS) N, F, V	–	–
PK07, PK08 und PK09 in den TS N, F, V	0,25 %	0,25 %
PK12 und PK13 in den TS N, F, V	0,75 %	0,75 %
PK15 in den TS N, F, V	1,25 %	1,25 %
PK17 in den TS N, F, V	1,60 %	1,60 %
PK21 in den TS N, F, V, E	2,15 %	2,00 %
PK22 in den TS N, F, V, E	2,25 %	2,25 %

Rentner erhalten keinen erhöhten Überschussanteilsatz im Vergleich zu den Anwärtern. Unter Berücksichtigung des Sicherheitsbedarfs ergibt sich keine zusätzliche Beteiligung an den Bewertungsreserven.

Weitere Überschussanteilsätze werden nicht gewährt.

Hannover, den 26. Februar 2024

Der Vorstand

Kerstin Garbe

Christian Drögemüller

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Provinzial Pensionskasse Hannover AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften bei der Bildung unseres Prüfungsurteils zum Lagebericht nicht berücksichtigt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die in der Anlage zum Lagebericht enthaltenen lageberichts-fremden und als nicht vom Prüfungsurteil umfasst gekennzeichneten Angaben gemäß Art. 11 der Verordnung (EU) 2019/2088 sowie gemäß Art. 5 bis 7 der Verordnung (EU) 2020/852. Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die vom Prüfungsurteil umfassten Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung des Vorstands und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder

Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, den 10. April 2024

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hensen
Wirtschaftsprüferin

Haarstrich
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden.

Im Geschäftsjahr fanden drei Sitzungen des Aufsichtsrats statt. In den Sitzungen wurde unter anderem über den Jahresabschluss des Vorjahres, über die Geschäftsentwicklung 2023 und die Planung 2024 beraten.

Über alle wesentlichen Sachverhalte wurde der Aufsichtsrat durch die Vorstandsmitglieder laufend informiert. Insbesondere erfolgte eine laufende Berichterstattung über die Entwicklung der Deckungsrückstellung und der Zinszusatzreserve.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag an die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der abschließende Prüfungsbericht enthält den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers. Zusammen mit dem Jahresabschluss hat der Wirtschaftsprüfer auch den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Hier hat der Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind und bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.

Alle Mitglieder haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers über die Jahresabschlussprüfung erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder.

Weiterhin stellte der verantwortliche Aktuar seinen Erläuterungsbericht und Angemessenheitsbericht vor, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse der versicherungsmathematischen Berechnungen und beantwortete die Fragen der Mitglieder.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt den festgestellten Jahresabschluss der Hauptversammlung zur Bestätigung vor.

Weiterhin wurde zur Bilanzsitzung der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen vorgelegt und geprüft. Einwendungen hiergegen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat sich ferner mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer über den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen befasst und hat auch hier keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, den 18. April 2024

Jörg Sinner
Vorsitzender

Anhang *

Name des Produkts: VGH FirmenRente Sicherheit
Unternehmenskennung (LEI-Code): 529900LPVNOSG82KXG89

Die nachfolgenden Informationen beziehen sich sowohl auf den VGH Altersvorsorge Fonds als auch auf das Sicherungsvermögen.

Eine **nachhaltige Investition** ist eine Investition in eine Wirtschaftstätigkeit, die zur Erreichung eines Umweltziels oder sozialen Ziels beiträgt, vorausgesetzt, dass diese Investition keine Umweltziele oder sozialen Ziele erheblich beeinträchtigt und die Unternehmen, in die investiert wird, Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung anwenden.

Die **EU-Taxonomie** ist ein Klassifikationssystem, das in der Verordnung (EU) 2020/852 festgelegt ist und ein Verzeichnis von **ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten** enthält. In dieser Verordnung ist kein Verzeichnis der sozial nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten festgelegt. Nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel könnten taxonomiekonform sein oder nicht.

Ökologische und/oder soziale Merkmale

Wurden mit diesem Finanzprodukt nachhaltige Investitionen angestrebt?

●● <input type="checkbox"/> Ja	● <input checked="" type="checkbox"/> Nein
<input type="checkbox"/> Es wurden damit nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel getätigt: ___% <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> Es wurden damit nachhaltige Investitionen mit einem sozialen Ziel getätigt: ___%	<input type="checkbox"/> Es wurden damit ökologische/soziale Merkmale beworben und obwohl keine nachhaltigen Investitionen angestrebt wurden, enthielt es ___% an nachhaltigen Investitionen <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> mit einem sozialen Ziel <input checked="" type="checkbox"/> Es wurden damit ökologische/soziale Merkmale beworben, aber keine nachhaltigen Investitionen getätigt.



Inwieweit wurden die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale erfüllt?

In dem Berichtszeitraum stellten wir durch eine interne Richtlinie mit der Definition von Ausschlusskriterien sicher, dass wir nicht in Unternehmen investieren, die unseren Ansprüchen an Umweltschutz sowie die Einhaltung von Menschenrechten und einer guten Unternehmensführung nicht genügen und mit entsprechenden Nachhaltigkeitsrisiken einhergehen. Um die nachhaltige Entwicklung von Unternehmen darüber hinaus zu fördern und weiter einzufordern, nutzten wir unsere Aktien-Stimmrechte über unsere Kapitalverwaltungsgesellschaft. Zudem traten wir auch außerhalb von Hauptversammlungen in Gespräche mit Unternehmensvertretern zu kritischen Themen, wie

Mit **Nachhaltigkeitsindikatoren** wird gemessen, inwieweit die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht werden.

* Dieser Anhang ist nicht vom Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers umfasst.

beispielsweise Klimastrategien, Korruptionsbekämpfung oder Arbeitsnormen. Für die Assetklasse der Staatsanleihen verwendeten wir im Berichtszeitraum ein umfassendes Scoringmodell, das Staaten weltweit hinsichtlich einer Vielzahl von Environmental-, Social- und Governance-Kriterien (kurz: ESG-Kriterien) bewertet und gewichtet. Das Scoringmodell berücksichtigte dabei die Themen natürliche Ressourcen, Biodiversität, Klimawandel und Energie, Produktion und Verbrauch, politisches System und Governance, Menschenrechte und Freiheit sowie soziale Bedingungen. Damit Staatsanleihen für uns investierbar waren, mussten diese ein Mindest-Nachhaltigkeitsrating erfüllen. Es wurde darüber hinaus sichergestellt, dass mindestens drei Viertel der Staatsanleihen aus unserem Portfolio und somit das Durchschnittsrating des Gesamtbestands an Staatsanleihen im oberen Bereich der Nachhaltigkeitsratings lag. Im Rahmen unserer Investitionen in Immobilienfonds berücksichtigten wir ebenfalls mit einem ESG-spezifischen Scoringmodell ökologische und soziale Merkmale. Darin wurden sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien aus den Bereichen Ökologie (z.B. CO₂-Emissionen, Primärenergie, Ressourcenschonung) und Soziales (z.B. Gesundheit und Wohlbefinden, Nutzungsformen, Mietermanagement, sozialer Zusammenhalt, Wohnungsmix) von Immobilien betrachtet. Damit stellten wir sicher, dass die Mehrheit der in Immobilienfonds gehaltenen Immobilien ökologischen und sozialen Belangen Rechnung trugen.

Bei den **wichtigsten nachteiligen Auswirkungen** handelt es sich um die bedeutendsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren in den Bereichen Umwelt, Soziales und Beschäftigung, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

● **Wie haben die Nachhaltigkeitsindikatoren abgeschnitten?**

Als Nachhaltigkeitsindikatoren haben wir verschiedene ESG-Kriterien herangezogen. In Bezug auf die Geschäftsaktivitäten und Geschäftspraktiken der investierten Unternehmen haben wir Ausschlusskriterien aus den Bereichen Rüstung, Energie, Umwelt, Menschen- und Arbeitsrechte sowie Unternehmensführung herangezogen. Eine Vielzahl ähnlicher ESG-Kriterien haben wir auch für unsere Investitionen in Staatsanleihen und Immobilienfonds berücksichtigt. Eine ausführliche Auflistung unserer ausgewählten ESG-Kriterien finden Sie in den vorvertraglichen Informationen zu Ihrem Versicherungsanlageprodukt. Die von uns berücksichtigten ESG-Kriterien haben wir im Berichtszeitraum nahezu vollständig eingehalten. Lediglich im Fondsbestand kam es im Rahmen von Investitionen in ETFs und Publikumsfonds zu kleineren Verstößen. Hierbei handelt es sich um den indirekten Bestand, auf den wir keinen aktiven Managementeinfluss haben.

● **... und im Vergleich zu vorangegangenen Zeiträumen?**

Diese Informationen erhalten Sie im Folgejahr.

In der EU-Taxonomie ist der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ festgelegt, nach dem taxonomiekonforme Investitionen die Ziele der EU-Taxonomie nicht erheblich beeinträchtigen dürfen, und es sind spezifische Unionskriterien beigefügt.

Der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ findet nur bei denjenigen dem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen Anwendung, die die Unionskriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten berücksichtigen. Die dem verbleibenden Teil dieses Finanzprodukts zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die Unionskriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Alle anderen nachhaltigen Investitionen dürfen ökologische oder soziale Ziele ebenfalls nicht erheblich beeinträchtigen.



Wie wurden bei diesem Finanzprodukt die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?

Um wesentliche nachteilige Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren auf ein Minimum zu reduzieren oder möglichst zu vermeiden, haben wir im Berichtszeitraum Unternehmen ausgeschlossen, die in die Herstellung oder den Vertrieb von umstrittenen Waffen verstrickt sind. Darüber hinaus orientierten wir uns an der OECD Richtlinie für multinationale Unternehmen und insbesondere an dem weltweiten Rahmenwerk des UN Global Compacts. Unternehmen, die im Berichtszeitraum gegen den UN Global Compact oder die OECD Richtlinie für multinationale Unternehmen verstoßen haben, schlossen wir in Investitionsentscheidungen nahezu vollständig aus.

In Bezug auf unsere Investments in Immobilien berücksichtigten wir ebenfalls mögliche nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren. So standen unsere Immobilien während des Berichtszeitraums nicht im Zusammenhang mit der Gewinnung, Lagerung, Herstellung oder dem Transport von fossilen Brennstoffen. Außerdem berücksichtigten wir unterjährig die Energieeffizienz unserer Immobilien und prüften diese auch speziell vor dem Erwerb neuer Immobilien.



Welche sind die Hauptinvestitionen dieses Finanzprodukts?

Der größte Anteil der getätigten Investitionen im **VGH Altersvorsorge Fonds** entfiel im Berichtszeitraum auf die folgenden fünfzehn Investitionen.

Die Liste umfasst die folgenden Investitionen, auf die **der größte Anteil der im Bezugszeitraum getätigten Investitionen** des Finanzprodukts entfiel: 01.06.2022 – 31.05.2023

Größte Investitionen	Sektor	In % der Vermögenswerte	Land
Anleihe Republik Singapur	Öffentliche Verwaltung	1,1	Singapur
Anleihe Regierung Neuseeland	Öffentliche Verwaltung	0,9	Neuseeland
Anleihe Regierung Neuseeland	Öffentliche Verwaltung	0,8	Neuseeland
Anleihe Bundesrepublik Deutschland	Öffentliche Verwaltung	0,8	Deutschland
Anleihe Bundesrepublik Deutschland	Öffentliche Verwaltung	0,8	Deutschland
Anleihe Republik Singapur	Öffentliche Verwaltung	0,7	Singapur
Anleihe Bundesrepublik Deutschland	Öffentliche Verwaltung	0,7	Deutschland
Anleihe Vereinigte Staaten von Amerika	Öffentliche Verwaltung	0,7	Vereinigte Staaten von Amerika
Anleihe Vereinigte Staaten von Amerika	Öffentliche Verwaltung	0,7	Vereinigte Staaten von Amerika
Future Anleihe Vereinigte Staaten von Amerika	Erbringung von Finanzdienstleistungen	0,7	Vereinigte Staaten von Amerika
Anleihe Bundesrepublik Deutschland	Öffentliche Verwaltung	0,7	Deutschland
Anleihe Vereinigte Staaten von Amerika	Öffentliche Verwaltung	0,7	Vereinigte Staaten von Amerika
Anleihe Vereinigte Staaten von Amerika	Öffentliche Verwaltung	0,6	Vereinigte Staaten von Amerika
Anleihe Vereinigte Staaten von Amerika	Öffentliche Verwaltung	0,6	Vereinigte Staaten von Amerika
Anleihe Bundesrepublik Deutschland	Öffentliche Verwaltung	0,6	Deutschland

Der größte Anteil der getätigten Investitionen im **Sicherungsvermögen** entfiel im Berichtszeitraum auf die folgenden fünfzehn Investitionen.

Größte Investitionen	Sektor	In % der Vermögenswerte	Land
Zero-Schuldscheindarlehen Land Niedersachsen	Öffentliche Verwaltung	2,1	Deutschland
Zerobond Landeskreditbank Baden-Württemberg	Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,9	Deutschland
Zerobond Landeskreditbank Baden-Württemberg	Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,5	Deutschland
Namensschuldverschreibung Investitionsbank des Landes Brandenburg	Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,5	Deutschland
Schuldscheindarlehen Land Nordrhein-Westfalen	Öffentliche Verwaltung	1,4	Deutschland
Namenspfandbrief Sparkasse Hanau	Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,4	Deutschland
Schuldscheindarlehen Bayerische Landesbodenkreditanstalt	Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,3	Deutschland
Schuldscheindarlehen Land Brandenburg	Öffentliche Verwaltung	1,3	Deutschland
Namensschuldverschreibung Bau- u. Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen	Grundstücks- und Wohnungswesen	1,3	Deutschland
Schuldscheindarlehen Land Mecklenburg- Vorpommern	Öffentliche Verwaltung	1,3	Deutschland
Schuldscheindarlehen Land Schleswig-Holstein	Öffentliche Verwaltung	1,3	Deutschland
Inhaberschuldverschreibung European Stability Mechanism	Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,2	Luxemburg
Zerobond Landeskreditbank Baden-Württemberg	Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,2	Deutschland
Schuldscheindarlehen Land Saarland	Öffentliche Verwaltung	1,2	Deutschland
Inhaberschuldverschreibung Land Nordrhein-Westfalen	Öffentliche Verwaltung	1,2	Deutschland



Wie hoch war der Anteil der nachhaltigkeitsbezogenen Investitionen?

Im Berichtszeitraum belief sich der Anteil der nachhaltigkeitsbezogenen Investitionen auf 85 %. Dieser Wert ist auf unser Nachhaltigkeitskonzept für die Assetklassen der Aktien, Unternehmens- und Staatsanleihen sowie Immobilien im Fondsbestand zurückzuführen.

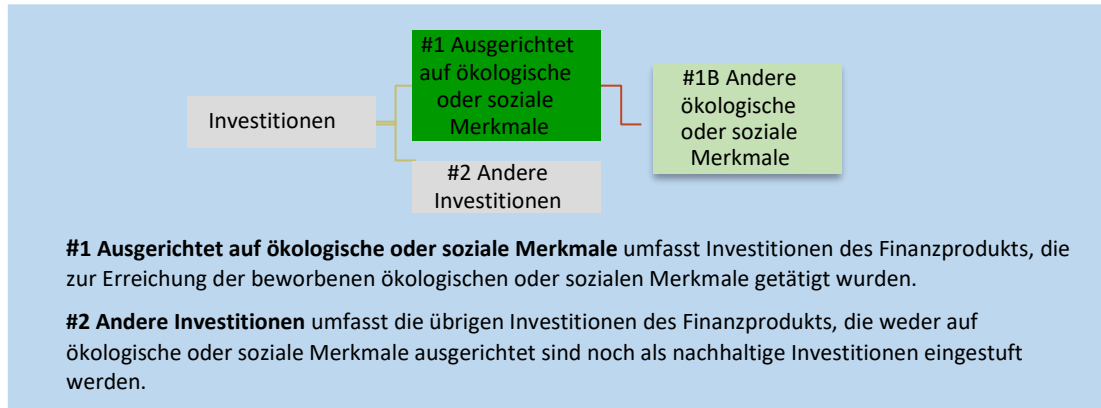
Die **Vermögensallokation** gibt den jeweiligen Anteil der Investitionen in bestimmte Vermögenswerte an.

Wie sah die Vermögensallokation aus?

Um die langfristige Sicherheit und Rentabilität dieses Versicherungsanlageprodukts gewährleisten zu können, investierten wir in verschiedene Arten von Vermögenswerten. Diese waren insbesondere Anleihen von Staaten und Unternehmen, Aktien, Immobilien, Hypothekendarlehen, Beteiligungen und sonstige Anlagen, die ein niedriges Anlagerisiko aufweisen.

Von diesen Investitionen wiesen ca. 85 % ökologische oder soziale Merkmale auf (#1 Ausgerichtet auf ökologische oder soziale Merkmale). Damit stellten wir sicher, dass

im Berichtszeitraum ein wesentlicher Anteil der gesamten Investitionen, die diesem Produkt zugrunde liegen, ökologischen und sozialen Belangen Rechnung trugen. Der verbleibende Anteil an Kapitalanlagen, bei dem ökologische oder soziale Merkmale nicht explizit berücksichtigt wurden (#2 Andere Investitionen), beläuft sich auf ca. 15 %. Damit ist der Anteil der #2 Andere Investitionen unterhalb unseres festgelegten Grenzwerts von 25 %.



● **In welchen Wirtschaftssektoren wurden die Investitionen getätigt?**

Im Berichtszeitraum wurden im **VGH Altersvorsorge Fonds** Investitionen primär in folgende Wirtschaftssektoren getätigt:

Sektor	In % der Vermögenswerte
B (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)	1,9
C (Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren)	11,8
D (Energieversorgung)	1,3
E (Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen)	0,2
F (Baugewerbe / Bau)	0,9
G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen)	2,0
H (Verkehr und Lagerei)	1,8
I (Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie)	0,6
J (Information und Kommunikation)	6,4
K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen)	11,1
L (Grundstücks- und Wohnungswesen)	7,0
M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen)	8,0
N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen)	0,7
O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung)	45,2
Q (Gesundheits- und Sozialwesen)	0,7
R (Kunst, Unterhaltung und Erholung)	0,3
S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen)	0,1
Summe	100,0

Im Berichtszeitraum wurden im **Sicherungsvermögen** Investitionen in folgende Wirtschaftssektoren getätigt:

Sektor	In % der Vermögenswerte
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	0,2
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	0,4
Erbringung von Finanzdienstleistungen	24,3
Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen	1,0
Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten	39,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,8
Öffentliche Verwaltung	33,4
Gesundheitswesen	0,7
Summe	100,0



Inwiefern waren die nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel mit der EU-Taxonomie konform?

Die Taxonomie-Verordnung sieht weitere Nachhaltigkeitsziele vor, nach denen Wirtschaftstätigkeiten eingeordnet werden können. Für den Berichtszeitraum fand keine explizite Identifikation statt, inwiefern die der Rentenversicherung zugrunde liegenden Investitionen darüber hinaus auch einen wesentlichen Beitrag zu einem oder mehreren Umweltzielen der Taxonomie-Verordnung geleistet haben. Es bestehen folglich keine Zusicherungen, dass die Beiträge Ihres Vertrags in ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten gemäß der Taxonomie-Verordnung investiert wurden.

Wurde mit dem Finanzprodukt in EU-taxonomiekonforme Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie investiert?

Ja:

In fossiles Gas

In Kernenergie

Nein

Da im Berichtszeitraum keine gezielte Identifikation stattfand, inwiefern unsere Investitionen die Kriterien der EU-Taxonomie erfüllt haben, bestand keine Absicht die Beiträge Ihres Vertrags in taxonomiekonforme Tätigkeiten in den Bereichen fossiles Gas und Kernenergie zu investieren. Ungeachtet dessen haben wir in unseren Investitionsentscheidungen von vornherein Unternehmen ausgeschlossen, die 10% oder mehr ihres Umsatzes durch die Produktion, den Verkauf oder Handel mit Atomenergie oder Kernkomponenten von Atomkraftwerken generierten.

Mit Blick auf die EU-Taxonomiekonformität umfassen die Kriterien für **fossiles Gas** die Begrenzung der Emissionen und die Umstellung auf voll erneuerbare Energie oder CO₂-arme Kraftstoffe bis Ende 2035. Die Kriterien für **Kernenergie** beinhalten umfassende Sicherheits- und Abfallentsorgungsvorschriften.

Ermöglichende Tätigkeiten

wirken unmittelbar ermöglichend darauf hin, dass andere Tätigkeiten einen wesentlichen Beitrag zu den Umweltzielen leisten.

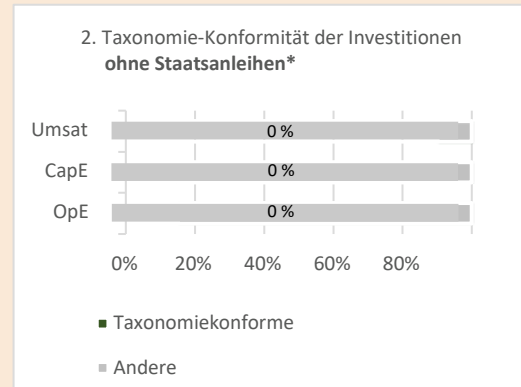
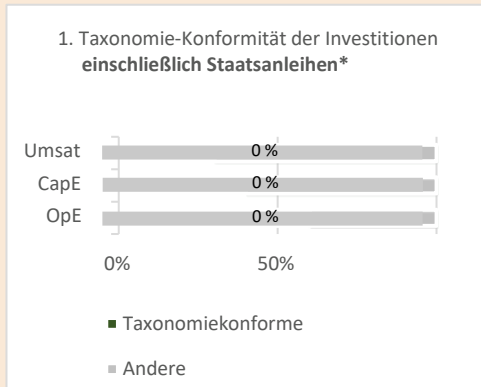
Übergangstätigkeiten

sind Tätigkeiten, für die es noch keine CO₂-armen Alternativen gibt und die unter anderem Treibhausgasemissionswerte aufweisen, die den besten Leistungen entsprechen.

Taxonomiekonforme Tätigkeiten, ausgedrückt durch den Anteil der:

- **Umsatzerlöse**, die die gegenwärtige „Umweltfreundlichkeit“ der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln
- **Investitionsausgaben (CapEx)**, die die umweltfreundlichen, für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft relevanten Investitionen der Unternehmen, in die investiert wird, aufzeigen
- **Betriebsausgaben (OpEx)**, die die umweltfreundlichen betrieblichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln

Die nachstehenden Grafiken zeigen den Mindestprozentsatz der EU- taxonomiekonformen Investitionen in Grün. Da es keine geeignete Methode zur Bestimmung der Taxonomie-Konformität von Staatsanleihen* gibt, zeigt die erste Grafik die Taxonomie-Konformität in Bezug auf alle Investitionen des Finanzprodukts einschließlich der Staatsanleihen, während die zweite Grafik die Taxonomie-Konformität nur in Bezug auf die Investitionen des Finanzprodukts zeigt, die keine Staatsanleihen umfassen.



*Für die Zwecke dieser Diagramme umfasst der Begriff „Staatsanleihen“ alle Risikopositionen gegenüber

● **Wie hoch ist der Anteil der Investitionen, die in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten geflossen sind?**

Für den Berichtszeitraum fand keine explizite Identifikation statt, inwiefern die der Rentenversicherung zugrunde liegenden Investitionen einen wesentlichen Beitrag zu einem oder mehreren Umweltzielen der Taxonomie-Verordnung geleistet haben. Ebenso haben wir derzeit keine Differenzierung zwischen Übergangstätigkeiten und ermöglichenden Tätigkeiten vorgenommen. Es bestehen folglich keine Zusicherungen, dass die Beiträge Ihres Vertrags in Übergangstätigkeiten oder ermöglichende Tätigkeiten gemäß der Taxonomie-Verordnung investiert wurden.



Welche Investitionen fielen unter „Andere Investitionen“, welcher Anlagezweck wurden mit ihnen verfolgt und gab es einen ökologischen oder sozialen Mindestschutz?

Für Immobilien im Direktbestand, Beteiligungen und Hypothekendarlehen haben wir im Berichtszeitraum noch kein explizites Nachhaltigkeitskonzept angewendet. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die hierfür erforderlichen Daten aktuell nicht im ausreichenden Maße und in der gebotenen Qualität verfügbar sind und somit eine angemessene Einschätzung des ökologischen oder sozialen Profils eines Emittenten nicht möglich war. Nichtsdestotrotz wurde im Rahmen derartiger Investitionsentscheidungen ein gewisser ökologischer und sozialer Mindestschutz gewährleistet. So wurde beispielsweise beim Erwerb einer Immobilie deren Energieeffizienz berücksichtigt oder bei strategischen Beteiligungen die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten. Ungeachtet dessen können sich unter „#2 Andere Investitionen“ auch Anlagen befinden, die ökologische und/oder soziale Merkmale enthalten. Dies kann der Fall sein, wenn beispielsweise Hypothekendarlehen an Kunden mit einer besonders energieeffizienten Immobilie vergeben wurden.



Welche Maßnahmen wurden während des Bezugszeitraums zur Erfüllung der ökologischen und/oder sozialen Merkmale ergriffen?

Im Berichtszeitraum wurden unsere Nachhaltigkeitskriterien für Investitionen in Aktien, Unternehmens- und Staatsanleihen sowie Immobilienfonds berücksichtigt. Zudem haben wir im Berichtszeitraum die Nachhaltigkeitskriterien für Investitionen in Unternehmen verschärft. Unternehmen, die gegen den UN Global Compact verstoßen, betrachten wir als nicht nachhaltig und haben diese folglich in Investitionsentscheidungen ausgeschlossen.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum erstmalig gezielt wesentliche nachteilige Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt. Hierzu haben wir zum einen Unternehmen ausgeschlossen, die in die Herstellung oder den Vertrieb von umstrittenen Waffen verstrickt sind oder gegen die OECD Richtlinie für multinationale Unternehmen und insbesondere gegen den UN Global Compact verstoßen. Zum anderen haben wir bei unseren Investitionen in Immobilien geprüft, inwiefern diese im Zusammenhang mit der Gewinnung, Lagerung, Herstellung oder dem Transport von fossilen Brennstoffen stehen. Des Weiteren haben wir die Energieeffizienz unserer Immobilien geprüft, um wesentliche nachteilige Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren zu verringern.

Zusätzlich haben wir die nachhaltige Entwicklung von Emittenten weiter gefördert und eingefordert, indem wir unsere Aktien-Stimmrechte über unsere Kapitalverwaltungsgesellschaft genutzt haben sowie auch außerhalb von Hauptversammlungen in Gespräche mit Unternehmensvertretern zu ESG-Themen getreten sind. Eine kurze Zusammenfassung über unsere Mitwirkungspolitik können Sie online unter <http://www.vgh.de/content/microsites/unternehmen/newsroom/geschaeftsberichte/nachlesen>.

Die Darstellung in diesem Anhang weicht aufgrund der Anforderungen an die Abbildung im Bundesanzeiger an einigen Stellen von dem Muster der technischen Regulierungsstandards ab. Eine Darstellung entsprechend des gesetzlichen Musters veröffentlichen wir auf unserer Website unter https://www.vgh.de/content/privat/versicherungen/vorsorge-und-vermoegen/nachhaltigkeit_rentenprodukte/.

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen

Schiffgraben 4

30159 Hannover

Telefon 0511 362-0

Telefax 0511 362 29 60

E-Mail service@vgh.de

Internet www.vgh.de